

# Europäische Kommission

EPSC Strategic Notes

Ausgabe 18  
20. Juli 2016

## **Nachhaltigkeit sofort!** **Eine europäische Vision für Nachhaltigkeit**

European Political  
Strategy Centre

Durch die Sicherstellung eines 70-jährigen Friedens bietet die Europäische Union die Grundlage für nachhaltige Entwicklung auf diesem Kontinent. Mit ihrem sozialmarktwirtschaftlichen Ansatz hat die EU einen nie dagewesenen Wohlstand und dabei gleichzeitig auch egalitärere Gesellschaften auf der Grundlage von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit geschaffen. Selbst wenn innere Meinungsverschiedenheiten vorkommen, bleibt die EU für ihre Nachbarn dennoch attraktiv.

Europa wird sich der Grenzen des Blauen Planeten und der Notwendigkeit eines gerechten Anteils für alle, namentlich die rapide wachsenden Entwicklungsländer und die jüngere Generation, bewusst.

Europa muss die Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft, darunter auch die Solidarität, neu entdecken und sie mit den planetaren Grenzen in Einklang bringen, um eine integrierende Gesellschaft für alle Europäer zu schaffen. Nachdem Frieden unter den europäischen Nationen geschaffen wurde, muss die Europäische Union nunmehr den wirtschaftlichen Erfolg, den sozialen Frieden und auch den Frieden mit der Natur sichern: Das ist die Herausforderung der Nachhaltigkeit.

Mit diesem Bericht soll eingeschätzt werden, was eigentlich auf dem Spiel steht; er befürwortet neue Entscheidungsstrukturen und befasst sich mit einer begrenzten Anzahl von Nachhaltigkeitsbrennpunkten.

### **Eine europäische Marke**

In einer nachhaltigen Gesellschaft harmonisiert das Wirtschaftswachstum mit den planetarischen Grenzen und ist gerecht unter den Bürgern verteilt. Europa hat eine Tradition für integratives Wachstum, die in den letzten Jahrzehnten irgendwie verlorengegangen ist. Europa muss sich eine neue Vision als Ziel setzen, und zwar gut zu leben und innerhalb der Grenzen des Planeten gerecht zu teilen.

### **Und das erfordert ein verantwortliches Handeln, ein modernes Regieren**

Die Nachhaltigkeit ist nicht mehr wegzudenken. Sie erfordert politische Modelle zur Gestaltung der Zukunft, der politischen Wahrnehmung und neue Regierungsformen, die auf Beteiligung, Transparenz und Führung beruhen.

### **Konzentration auf Brennpunkte**

Die Nachhaltigkeit erstreckt sich auf sämtliche Aspekte des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Dieser Bericht konzentriert sich auf eine begrenzte Anzahl von Brennpunkten und berücksichtigt dabei die Notwendigkeit, Nachhaltigkeitskonzepte in der gesamten Politik anzuwenden.

## **Nachhaltigkeit sofort**

Das europäische Modell wird von innen in Frage gestellt, obwohl es aber vielen Menschen, die unter weniger günstigen Bedingungen leben, attraktiv erscheint. In seiner Innen- und Außenpolitik muss Europa daher dringend Nachhaltigkeitskonzepte einführen.

EPSC-Strategiepapiere sind Analysen zu Themen, die vom Präsidenten der Europäischen Kommission ausgewählt werden. Sie werden vom Planungsstab der Europäischen Kommission, dem *European Political Strategy Center (EPSC)*, erstellt. Dieses Strategiepapier wurde von Karl Falkenberg, Berater des Präsidenten der Europäischen Kommission für Nachhaltige Entwicklung, entworfen.

### **Disclaimer**

Die in den EPSC-Strategiepapieren geäußerten Bewertungen sind die der Autoren und entsprechen nicht notwendigerweise denen der Europäischen Kommission.

# Nachhaltigkeit, Eine europäische Marke

„Mit der Logik kommt man von A nach B; mit Fantasie kommt man überall hin. Nur die Fantasie hat die Macht, den erforderlichen Paradigmen-„Sprung“ zur Gestaltung der Zukunft zu vollbringen.“ – Albert Einstein

Die Europäische Union kann auf eine nachweisbare **Erfolgsbilanz** hinweisen: **Jahrzehnte erfolgreicher gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklung**; sie hat die europäischen Länder aus einem Vernichtungskrieg in die längste Friedenszeit geführt, die dieser Kontinent je erlebt hat. Die europäische Politik hat dazu beigetragen, die Armut und Hungersnot der Nachkriegszeit zu überwinden und hat für ihre Bürgerinnen einen noch nie dagewesenen Wohlstand geschaffen. Damit wurde Europa zum Anziehungspol für seine Nachbarländer; es wurden Diktaturen auf der Iberischen Halbinsel und in Griechenland überwunden, die Kluft zwischen Ost und West beseitigt und mittel- und osteuropäische Länder integriert. Für 500 Millionen Menschen war **Europa zu einer Region geworden, in der man gut und in Frieden leben kann**, mit gleichen Rechten für alle, in einem rechtsstaatlichen Rahmen, in Wohlstand, ohne Diskriminierung und in einer einigermaßen egalitären Gesellschaft. Die Menschen leben länger und gesünder in Europa. Die sichtbare Luftverschmutzung wurde erheblich reduziert, ebenso auch die Industrierverschmutzung vieler unserer Flüsse und umliegenden Meere. Der sozialmarktwirtschaftliche Ansatz untermauert den wirtschaftlichen Erfolg der Europäischen Union, baut ein soziales Netz innerhalb der Länder auf und fördert die Solidarität durch regionale politische Regelungen unter den Mitgliedsländern als Wachstumsgrundlage. Aber diese **Entwicklung hat ihren Preis** in Form globaler Fragen und wird mit den globalen demografischen Trends und zunehmenden Umweltproblemen konfrontiert. Wenn bei den gegenwärtigen Produktions- und Konsumstrukturen bis zum Jahr 2050 fast 10 Milliarden Menschen einen europäischen Lebensstil anstreben würden, wären die natürlichen Ressourcen von mindestens zwei Planeten Erde erforderlich. Die Europäer stoßen zu viele Treibhausgase in die Atmosphäre aus und begünstigen damit den globalen Klimawandel. Europa verbraucht zu viel Rohstoffe, überfischt die Weltmeere und verliert rapide und kontinuierlich an Artenvielfalt. Die durch Lehman Brothers ausgelöste Finanzkrise hat unter Beweis gestellt, dass das **globale Finanzsystem nicht auf Dauer tragfähig ist**, und dass es dem europäischen Finanzsystem an Widerstandsfähigkeit fehlt. Unter dem Druck des Abschwungs unserer Volkswirtschaften ist die **Solidarität** als Kernpunkt irgendwie ins Hintertreffen geraten, was zu zunehmenden Einkommensunterschieden in und zwischen den europäischen Ländern sowie zu untragbarer Arbeitslosigkeit geführt hat. Den Millionen von Flüchtlingen und Einwanderern, die Zuflucht vor Krieg und Zerstörung oder einfach ein besseres Leben als in ihren Heimatländern suchen, erscheint Europa dennoch als sicher und attraktiv. Europa bekommt jetzt zu spüren, dass es keine isolierte Insel ist, sondern eine voll in eine mit beängstigenden Megatrends konfrontierte Weltwirtschaft integrierte Volkswirtschaft. Willy Brandt warnte bereits Ende der 1970er Jahre, dass Europa als Insel des Wohlstands in einer See von Armut nicht überleben würde...

Die **Übernahme der 17 Ziele der nachhaltigen Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) der Vereinten Nationen im September 2015** – die Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung der UN (*Agenda for Sustainable Development*) – spiegelt die allgemeine Erkenntnis wider, dass der globale Status quo nicht tragbar ist, und dass **ein Wandel erforderlich ist, um der negativen globalen Trends Herr zu werden, die die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Perspektiven – Wachstum, Arbeitsplätze, allgemeines Wohlergehen, natürliches Kapital und sozialer Zusammenhalt –beeinflussen.**

Die Notwendigkeit eines grundlegenden Wandels wird als **universelle Herausforderung** betrachtet, die sich nicht länger lediglich auf die Entwicklungsländer konzentriert. Europa ist in Anerkennung der **Notwendigkeit, seinen sozialmarktwirtschaftlichen Ansatz und das Konzept planetarischer Grenzen in Einklang zu bringen**, schon seit jeher ein aktiver Treiber des UN-Gedankens. Der Erfolg der UN-Verhandlungen ist auch eine europäische Erfolgsgeschichte, und die Nachhaltigkeit könnte sich durchaus als erneuertes Markenzeichen Europas herauskristalisieren: **„innerhalb der Grenzen unseres blauen Planeten gut leben und gerecht teilen“**.

Wie wird sich der erforderliche Wandel auf dieser Grundlage umsetzen lassen? **Welche Marschrichtung gilt also für die Europäische Union**, und welche regierungsbezogenen Implikationen gehen davon aus? Wie sieht die Vision der EU für ihre Zukunft aus? Was erhoffen sich die EU-Bürger? Wie reagiert die EU-Politik auf diese Erwartungen, und wie könnte sich die Politik der EU zu einem Treiber in Richtung einer nachhaltigen Zukunft entwickeln?

Dieser Bericht konzentriert sich auf die **interne Dimension der EU** – teilweise kommen aber auch externe Dimensionen zum Tragen, sofern dies der Betrachtung dienlich war. Die im Juni 2016 umgesetzte Globale Strategie der EU integriert die SDG im Rahmen einer kohärenten Auslands- und Sicherheitspolitik der EU. Ziel ist, einige Gedanken im Sinne einer breiteren Antwort zu vermitteln, die von der Kommission, den Mitgliedstaaten und anderen EU- und globalen Akteuren zu definieren und zu gestalten sein werden. In ihrem Arbeitsprogramm für 2016 hat sich die Kommission zu einer Initiative über die **„nächsten Schritte für eine nachhaltige europäische Zukunft“** und zur „Formulierung eines neuen Ansatzes zur Sicherung des europäischen Wirtschaftswachstums und der sozialen und umweltbezogenen Nachhaltigkeit über den Zeitrahmen 2020 hinaus, unter Berücksichtigung des Berichts Europa 2020 sowie der internen und externen Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen (*United Nations Sustainable Development Goals*)“ verpflichtet. Die Annahme einer Kommunikation über „Nachhaltige Entwicklung: Abbildung der Innen- und Außenpolitik der EU“ (*Sustainable Development: A Mapping of the EU's internal and external policies*) durch die Kommission ist für Herbst 2016 geplant. **Zielsetzung dieses Berichts ist, einen Beitrag zu einer informierten Debatte innerhalb der Kommission und des Kollegiums** zur Entwicklung einer integrierteren Betrachtung und einer Vision für eine nachhaltige Europäische Union zu leisten. Er fordert **einen neuen Regierungsansatz** auf der Grundlage von Transparenz und Beteiligung der Stakeholder für eine längerfristige Politik. Er kann nicht sämtliche Aspekte der Nachhaltigkeit abzudecken,

versucht aber, auf Herausforderungen in Bezug auf die Nachhaltigkeit in einer Reihe sektoraler Brennpunkte hinzuweisen.

## **Warum jetzt? Was ist heute anders?**

„Vor zwanzig Jahren wurde beim *Earth Summit* (Weltgipfelkonferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung) ein Nachhaltigkeitsentwicklungsplan vorgelegt. Diesem Plan sind wir nicht gefolgt... **Das alte Modell ist kaputt. Wir müssen ein neues schaffen...** - ein neues Modell für dynamisches Wachstum... Wir müssen uns eindeutig um eine gemeinsame Zukunftsvision vereinigen, eine Vision für eine gerechte menschliche Entwicklung, einen gesunden Planeten, eine nachhaltige Wirtschaftsdynamik, die uns weit über unsere heutigen Schwierigkeiten hinaus voranbringt: Ban Ki Moons Erklärung aus dem Jahr 2012 ist unvermindert relevant. Die Dringlichkeit in Europa wird durch die **zunehmende Verdrossenheit der europäischen Bürger mit dem Bau Europas an sich** hervorgehoben. Im Gegensatz zu manchen Meinungen wird diese Verdrossenheit nicht so sehr von Bedenken wegen der korrekten Krümmung der Gurke, sondern von der tatsächlich wahrgenommenen Verschlechterung der wirtschaftlichen Perspektiven eines zunehmenden Teils der europäischen Bevölkerung verursacht. Die Europäische Union wird zunehmend als Wachstumsbremse statt als Quelle für Wachstum und Beschäftigung gesehen. Sie mögen denken, diese Platte haben wir schon mal gehört – Wirtschaftskrise in der Vergangenheit, verschwundene Spezies, in der Gesellschaft gibt es von jeher Reich und Arm... **Warum ist es jetzt anders?**

Zwar sind Forderungen nach Nachhaltigkeit nichts Neues, aber inzwischen werden sie von einem viel breiteren Publikum und von einer viel breiteren Gruppe von wirtschaftlichen Akteuren verstanden. Und sie werden in schwierige politische Realitäten umgesetzt, die direkt die Grundlage der europäischen Integration untergraben. Es ist nicht „einfach“ eine weitere Erklärung der Generalversammlung der Vereinten Nationen oder ein Aufruf von Papst Franziskus: „Heute müssen wir aber feststellen, dass ein wahrhaftiger ökologischer Ansatz immer zu einem sozialen Ansatz wird; er muss Fragen der Gerechtigkeit in Debatten über die Umwelt integrieren, damit sowohl das Weinen der Erde also auch das Weinen der Armen vernommen werden kann.“ Die Nachhaltigkeit wird immer mehr von den Finanzmärkten und auch von Geschäftsführern internalisiert, die feststellen, dass die jüngsten Tatsachen, Zahlen und auch wissenschaftliche Nachweise den Aufruf nach einem **Engagement zum Wandel unserer Gesellschaft unterstützen. Und dieser Wandel sollte jetzt stattfinden**. Diese Realität wurde im September 2015 von allen Mitgliedern der Vereinten Nationen, darunter auch von der EU und ihren Mitgliedstaaten, anerkannt.

Die Herausforderung dabei, eine nachhaltige Politik wie im Falle der 17 Ziele der nachhaltigen Entwicklung zu definieren, besteht darin, die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Folgen der Handlungen parallel und mit gleicher Gewichtung zu beurteilen. Dies kann zu **Spannungen führen, die nach politischen Entscheidungen zur Auswahl und Kompromissen verlangen**. In solchen Situationen ist es unerlässlich, für vollkommene Transparenz und Beteiligung im Entscheidungsfindungsprozess zu sorgen. Die Nachhaltigkeit erfordert umfassende und längerfristige Ansätze sowie die Überwindung sektoraler Kurzfristigkeit als gegenwärtig vorherrschende Form des Regierens.

## **Beschluss, der am 25. September 2015 von der UN-Generalversammlung verabschiedet wurde (Auszug)**

„Wir kommen hier zusammen zu einer Zeit, in der eine nachhaltige Entwicklung mit enormen Herausforderungen konfrontiert ist. Milliarden unserer Bürgerinnen und Bürger leben weiterhin in Armut, und sie werden um ein Leben in Würde betrogen. Es bestehen zunehmende Ungleichheiten in und zwischen den Ländern. Es gibt enorme Disparitäten bei Chancen, Wohlstand und Macht. Die Ungleichbehandlung der Geschlechter bleibt eine große Herausforderung. Die Arbeitslosigkeit, besonders der Jugend, ist ein großes Problem. Weltweite Gesundheitsgefährdungen, häufigere und intensive Naturkatastrophen, Konfliktspiralen, Gewaltextremismus, Terrorismus und damit zusammenhängende humanitäre Krisen und Zwangsumsiedlungen von Menschen drohen den Entwicklungsfortschritt der letzten Jahrzehnte größtenteils wieder umzukehren. Der Raubbau an natürlichen Ressourcen und die Folgen der Umweltzerstörung, darunter Wüstenbildung, Dürre, Bodenverschlechterung, Mangel an Trinkwasser und Verlust der Artenvielfalt kommen erschwerend zu der Liste der Herausforderungen an die Menschheit hinzu. Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit, und seine negativen Auswirkungen unterminieren die Fähigkeit aller Länder, eine nachhaltige Entwicklung zu erzielen. Globale Temperaturerhöhungen, ein steigender Meeresspiegel, Versauerung der Ozeane und andere Folgen des Klimawandels stellen eine ernsthafte Bedrohung der Küstengebiete und tiefliegenden Küstenländer dar, darunter auch viele der am wenigsten entwickelten Länder und kleine Inselstaaten (*Small Island Developing States – SIDS*). Das Überleben vieler Völker und der biologischen Versorgungssysteme des Planeten steht auf dem Spiel.“

### **Die Große Beschleunigung**

„Die fortlaufende Beschleunigung des Wandels, der die Menschheit und unseren Planeten betrifft, findet zeitgleich mit einem erhöhten Lebens- und Arbeitstempo statt, das man vielleicht als „Rapidifizierung“ bezeichnen könnte“ – Laudato Si, Papst Franziskus

Seit Ende des 2. Weltkriegs **ist unser Planet einer nie dagewesenen Beschleunigung des menschlichen Einflusses ausgesetzt**. Die Bevölkerung ist von 3 Milliarden auf über 7 Milliarden gewachsen und soll bis zum Jahr 2050, also innerhalb eines Jahrhunderts, eine Spitze von ca. 10 Milliarden erreichen. Dieses Wachstum hat sich im Wesentlichen in den Entwicklungsländern manifestiert, die Armut noch verstärkt und die Nachfrage nach Energie, Nahrungsmitteln und Rohstoffen exponentiell erhöht. Die westlichen Lebensstile haben dazu geführt, den Druck auf die begrenzten Möglichkeiten des Planeten Erde noch dramatisch zu erhöhen, s. folgende Grafik:

**„Nach 1950 sieht man, dass wichtige Veränderungen des Erdsystems unmittelbar mit Veränderungen verbunden waren, die größtenteils mit dem weltweiten Wirtschaftssystem zu tun hatten. Das ist ein neues Phänomen und zeigt, dass die Menschheit eine neue Verantwortung auf globaler Ebene für den Planeten trägt.“**

Die Wissenschaft hat eine eindeutige Verbindung zwischen menschlichen Aktivitäten im gegenwärtigen Wirtschafts- und Sozialmodell festgestellt, die dem Erdsystem abträglich sind und gleichzeitig auch keinen Nutzen für die Gesellschaft insgesamt erbringen: die Wirtschaftskrise ist tiefgreifend und **die üblichen Rezepte funktionieren nicht mehr**, wie der **Internationale Währungsfonds (IWF) in seiner Weltwirtschaftsprognose** im April 2016 **erkannte**. Wir müssen uns nicht nur mit einer kritischen Phase im Hinblick auf die Ressourcen auseinandersetzen; es werden inzwischen auch Grenzen hinsichtlich der sozialen „Entkohäsion“ erreicht.

Obwohl es unzählige Hinweise und Modelle in der Literatur über den „Kollaps der Zivilisation“ gibt, kommt das unlängst veröffentlichte Modell „HANDY“ zu dem Schluss, dass sich ein „Kollaps vermeiden lässt und die Bevölkerung ein Gleichgewicht erreichen kann, wenn die Rate des natürlichen Verbrauchs auf ein tragfähiges Niveau reduziert werden kann und sich die Ressourcen auf eine einigermaßen gerechte Art verteilen lassen.“

## **Zunehmende Ungleichheiten**

Auf **sozialer und Arbeitsebene** zeigen die europäischen Trends, dass der Wohlstand, der sich noch vor den Krisen manifestierte, nicht mehr in Reichweite ist, wie in der jüngsten Beurteilung der sozialen Landschaft durch die Kommission detailliert beschrieben ist:

„Unter den Mitgliedstaaten fallen die Auswirkungen der Krise bislang recht unterschiedlich aus. Trotz einiger Zeichen für eine Konvergenz seit 2013 – mit geringeren Arbeitslosigkeitsraten und höherer Beschäftigung in den Ländern, die am stärksten von der jüngsten Krise betroffen waren – **bleiben immer noch Unterschiede, die jetzt viel größer sind als im Jahr 2008**. In manchen Ländern haben sich auch die **Einkommensungleichheiten und die Armut bedeutend erhöht**, und das trotz der jüngsten Stabilisierung oder sogar Verbesserung der allgemeinen Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage (...) Während es Zeichen einer wirtschaftlichen Erholung in allen Mitgliedstaaten gibt, bleiben die Arbeitslosenraten in einigen von ihnen besonders hoch, sodass die **Unterschiede sowohl bei der Beschäftigung als auch bei den Arbeitslosenraten zurzeit viel größer sind als vor der Krise**.“

„**Die Haushaltseinkommen** in der EU steigen wieder dank einer stärkeren Konjunktur und besserer Arbeitsmarktverhältnisse. Durchschnittlich nahm das verfügbare Bruttohaushaltseinkommen (*gross disposable household income – GDHI*) in der EU in dem Zwölfmonatszeitraum bis zum ersten Quartal 2015 real um rund 2 % zu. Die Zunahme der Haushaltseinkommen ergibt sich sowohl aus Arbeitsleistungen als auch aus den Sozialleistungen. Es ist jedoch bedenklich, dass das GDHI-Niveau immer

noch unter dem Höchststand von 2009 liegt“... und dass sich dahinter beträchtliche Unterschiede zwischen den einzelnen Haushalte verbergen. „Nach einer kontinuierlichen Erhöhung seit 2009 hat der Anteil der **Menschen mit Armuts- oder Ausgrenzungsrisiko** im Jahr 2012 seinen Höchststand erreicht (24,7 %). Seitdem ist er zwar geringfügig gesunken, **aber dennoch sehr hoch: Im Jahr 2014 waren 24,4 % der EU-Bevölkerung – etwa 122 Millionen Menschen – von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht.**“

„Die vormals beobachtete Konvergenz bei der Einkommensungleichheit in der gesamten EU ging mit der Krise ebenfalls zu Ende. **Trotz der langfristigen Fortschritte dabei, die Chancen für alle zu verbessern**, namentlich durch die Förderung des Zugangs aller zu Ausbildung und Gesundheit, sind die **Verbesserungen der Lebensstandards** (beispielsweise bemessen nach dem mittleren Einkommen und materiellen Entbehrungsquoten) **ins Stocken gekommen**, und der sozialwirtschaftliche Status bleibt weiterhin eine der wichtigsten Bestimmungsgrößen von Ausbildungs- und Gesundheitsergebnissen.“

„Gemäß für 17 Länder verfügbaren Schätzungen („Nowcasts“) [war] nicht zu erwarten, dass sich die **Armutsriskoraten** im Jahr 2015 **verbessern** (Referenzeinkommen von 2014)“. Das ist besorgniserregend, da die „Einkommensgrenzen, bei denen die Menschen als armutsbedroht gelten, in manchen Ländern ebenfalls sinken, was auf eine **kontinuierliche Verschlechterung der Lebensstandards** hinweist. Eine geringere Arbeitslosigkeit trägt zu einer Reduzierung der Armut bei, aber nur der Hälfte der Armen, die einen Arbeitsplatz finden, gelingt es, der Armut tatsächlich zu entfliehen.“ Sogar in einem recht erfolgreichen Mitgliedsland wie Deutschland greifen über 1 Million Arbeitnehmer („Aufstocker“) auf staatliche Subventionen zurück, um sich das Mindesteinkommen zu sichern.

## **Einfach formuliert: Zunehmende Ungleichheit ist schlecht für langfristiges Wachstum**

Die allgemeine Einschätzung auf EU-Ebene wird von den OECD-Ergebnissen bestätigt, dass „**die Einkommensungleichheit in den meisten OECD-Ländern seit Mitte der 1990er Jahre gestiegen ist**. Die verfügbaren Haushaltseinkommen sind weniger gestiegen als das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und die Einkommen der ärmsten Haushalte weniger als die der reichsten.“ **Die Ungleichheit der Einkommen ist nicht nur in wirtschaftlich schlechten, sondern auch in wirtschaftlich guten Zeiten gestiegen.**“ Die OECD betont außerdem, dass in den jüngsten Jahrzehnten „40 % der Bevölkerung am unteren Ende der Verteilungsskala in vielen Ländern kaum vom Wirtschaftswachstum profitiert haben. In manchen Fällen mussten Geringverdienende sogar eine reale Verschlechterung ihrer Einkommen hinnehmen. Genau wie Zunahme bei dem 1 % [der Allerreichsten] wirft die Abnahme bei den 40 % **soziale und politische Fragen** auf. Wenn eine so große Bevölkerungsgruppe so wenig vom Wirtschaftswachstum profitiert, **zerreißt das soziale Gefüge und das Vertrauen in Institutionen wird geschwächt.**“

Bei ihrer jüngsten Betrachtung „Warum weniger Ungleichheit allen zugute kommt“ zeigt die OECD, dass es in der neuen Forschung schlüssige Beweise dafür gibt, dass die in den meisten OECD-Ländern zu beobachtende **langfristige Zunahme der Ungleichheit der verfügbaren Einkommen das langfristige Wachstum tatsächlich in erheblichem Maße hemmt.**



Außerdem zeigt sie, dass Bemühungen zur Bekämpfung der Ungleichheit durch eine Umverteilung – typischerweise bestimmte Formen von Steuern und Begünstigungen – nicht zu einer Wachstumsverlangsamung führen.

### **Planetarische Grenzen**

Der Planet Erde stellt ein geschlossenes, endliches System dar, das ein einmaliges Umfeld bietet, in welchem Menschen leben können. Außer Solarenergie **kommt nichts hinzu**. Die Wissenschaft hat ein tiefgründigeres Verständnis der wichtigsten Herausforderungen an einen sicheren Betriebsraum für die Menschheit auf dem Planeten Erde entwickelt. Die folgende Grafik stellt die jüngste Beurteilung der wichtigsten globalen anthropozänen, also von Menschen verursachten, **Druckstellen** im System dar.

Die Grafik zeigt, dass wir uns im Hinblick auf Phosphor und Stickstoff sowie in Bezug auf die Artenvielfalt global in **Hochrisikozonen** befinden und dass der Landsystemwandel und der Klimawandel bereits **außerhalb des sicheren Betriebsraumes** liegen. Die Versauerung der Ozeane erreicht schnell die Grenze, und es ist bekannt, dass sich die Lage unter dem Druck des Klimawandels weiter verschlechtert. Bei manchen Aspekten ist die globale Quantifizierung noch nicht abgeschlossen, und bei einem der neun Bereiche, dem Abbau der Ozonschicht, konnte eine Trendumkehr durch ein multilaterales Abkommen zum Verbot von ozonvernichtenden Substanzen erreicht werden. **Gefährliche Entwicklungen lassen sich also durch Zusammenarbeit umkehren.**

Die ökologischen Herausforderungen für Europa sind gleichermaßen besorgniserregend; hinzu kommen noch regionale Aspekte. Die Schnelligkeit, mit der Europa die **Landverwendung** umwidmet und Böden unter städtischem und infrastrukturellem Druck einbetoniert, ist offensichtlich nicht tragbar. **In jedem Jahr verliert Europa eine Fläche von der Größe Berlins (etwas weniger als 1.000 Quadratkilometer) durch städtebauliche und infrastrukturelle Expansion** und muss weiterhin Einbußen bei der Artenvielfalt, besonders in landwirtschaftlichen Regionen, hinnehmen. In vielen Teilen Europas übersteigt der Wasserverbrauch die regionale Regenerationsfähigkeit; weitere Probleme bei der Trinkwasserqualität ergeben sich durch hormonelle und antibiotische Substanzen sowie durch Rückstände von Düngemitteln und Pestiziden. Und die größtenteils auf unsere Entscheidung für Dieselmotoren zurückzuführende schlechte Qualität der Umgebungsluft führt jedes Jahr zum frühen Tod von 400.000 Europäern. Das ist die größte Gesundheitsbedrohung, noch vor der Lärmbelästigung.

### **Und die Wirtschaft? Weltweit problematisch und in Europa eine genauso große Herausforderung!**

Trotz dieses besorgniserregenden Bildes **stimmt es, dass die Gesellschaft weltweit „Fortschritte gemacht hat“**, wie in der Resolution der UN-Generalversammlung vom September 2015 zu lesen ist: „Es ist jedoch auch **eine Zeit immenser Chancen**. Es wurden bedeutende Fortschritte beim Umgang mit vielen Entwicklungsherausforderungen gemacht. Innerhalb der letzten Generation konnten sich Hunderte Millionen von Menschen aus extremer Armut befreien. Der Zugang zur Bildung hat sich sowohl für Jungen als auch für Mädchen stark verbessert. Die Verbreitung der Informations- und Kommunikationstechnologie und die globale Vernetzung haben, ebenso wie wissenschaftliche und technologische Innovationen in vielfältigen Bereichen wie Medizin und Energie, großes Potenzial zur Beschleunigung

des menschlichen Fortschritts, zur Überbrückung der digitalen Kluft und zur Entwicklung von Wissensgesellschaften“.

Der IWF ist in seinem jüngsten World Economic Outlook vorsichtiger: „In den entwickelten Volkswirtschaften **soll das Wachstum wiederum geringfügig steigen...** Im Vergleich zum World Economic Outlook von Oktober 2015 wurde das globale Wachstum für 2016 um 0,4 Prozentpunkte und für 2017 um 0,3 Prozentpunkte nach unten revidiert.“

**Und wie sieht es bei der Europäischen Union aus?** Bei einem Treffen mit der Presse am 26. Mai 2016 vor der G7-Versammlung kommentierte Präsident Juncker **die allgemeine wirtschaftliche Lage** folgendermaßen: „Trotz eines schwierigeren globalen Umfelds erholt sich die EU weiter. Im Jahr 2015 erreichte das europäische Wachstum 2 %, im Euroraum 1,7 %. Diese Zahlen bestätigen, dass die **Erholung solide ist und nach Plan verläuft**. Das BIP des Euroraums übertrifft jetzt die vor der Krise im Jahr 2008 erreichten Rekordstände.“

Die Arbeitslosigkeit nimmt weiterhin ab. Im Vergleich zu 2013 gibt es im Jahr 2016 fünf Millionen mehr Arbeitsplätze, obwohl das Gewicht der Arbeitslosigkeit immer noch zu hoch ist. Die Investitionstätigkeit steigt im Euroraum und in der Europäischen Union insgesamt. Wir halten uns an die Strategie, die wir im letzten Jahr entwickelt haben. Das bedeutet, dass wir ein positives Dreieck aus Investitionen, Strukturreformen und fiskalischen Verantwortlichkeiten aufbauen. Und wir intensivieren unser höchstes Gut – den Gemeinsamen Markt – indem wir neue Initiativen in den Bereichen Energie, digitale Dienstleistungen und Kapitalmärkte starten.“

Also hat die EU wieder einmal etwas Wachstum erreichen können, wobei es größere regionale Unterschiede gibt; sie ist jedoch systemisch **weiterhin zutiefst erschüttert** durch soziale, wirtschaftliche und ökologische Herausforderungen: Die Finanzmärkte bleiben verhalten, Folgen für die Umwelt werden besorgniserregender, und die soziale Unzufriedenheit entwickelt sich zu einem **wachsenden Vertrauensverlust gegenüber gewählten Gremien und dem Projekt Europa selbst**. Der Ausgang des jüngsten Referendums im Vereinigten Königreich beweist diese Tatsachen und lässt sich zumindest teilweise durch sie erklären.

## **Ein Überdenken von Wachstumsmodellen**

Das Wachstum bleibt notwendig, solange die menschliche Bevölkerung zunimmt und Milliarden von Menschen aus der Armut geholfen werden muss. Allerdings **erfordert der Planet eine andere Art von Wachstum**: Ein Wachstum, das weniger von knappen Ressourcen wie Wasser, Böden und Rohstoffen abhängig ist, das nicht mehr von Energie aus fossilen Brennstoffen abhängt, das die regenerativen Möglichkeiten erneuerbarer Ressourcen respektiert. Wir brauchen ein Wirtschaftswachstum, das größtenteils entmaterialisiert ist, auf erneuerbaren Energien beruht und die Materialien innerhalb des Produktionszyklus behält. Wir brauchen ein Wachstum, das **innerhalb der sicheren Grenzen unseres Planeten sozial integrativ und innovativ** ist. Also müssen wir unsere Wachstumsmodelle und unsere **gegenwärtigen Produktions- und Verbrauchsmuster überdenken**. Dies erfordert einen neuen Denkansatz und Innovation bei der Schaffung neuer Wachstumsmodelle.

Im Schaubild sollen die sozialen und ökologischen Fragen verbunden werden: Das gesellschaftliche Fundament und die planetarischen Grenzen. Es legt einen sicheren und gerechten Bereich für die Menschheit als Grundlage für eine nachhaltige Gesellschaft fest. Die Quantifizierung der unterschiedlichen Aspekte ist zwar auf politischer und wissenschaftlicher Ebene immer noch kontrovers, aber **es gibt deutliche Beispiele für Entwicklungen, die weit über das notwendige Gleichgewicht hinausgehen**. China ist wahrscheinlich das bestbekannte Beispiel für eine Wirtschaft, der es gut zu gehen schien, die Jahr für Jahr Wachstumsraten von knapp 10 % pro Jahr erzielte, und die erst jetzt den hierdurch entstandenen beträchtlichen ökologischen Schaden und die nicht weniger problematischen gesellschaftlichen Herausforderungen des rapiden exportorientierten Wachstums bemerkt. Die gegenwärtige Führung passt wesentlich besser auf, **orientiert die politischen Prioritäten stärker** an den Folgen für die Umwelt und fängt an, sich mit Einkommensungleichheiten zwischen den verschiedenen chinesischen Regionen zu befassen. Die **Kosten zur Sanierung der Umweltschäden** (Boden-, Wasser- und Luftverschmutzung) wurden bereits im Jahr 2007 in einem Bericht der Weltbank auf 2 Billionen US\$ beziffert. Die heutigen Kosten der Umweltsanierung sind beträchtlich gestiegen. „China, inzwischen nach Kaufkraftparitäten die größte Volkswirtschaft der Welt, befindet sich in einem bedeutenden, aber **komplexen Übergang** in Richtung eines nachhaltigeren Wachstums auf der Basis von Konsum und Dienstleistungen. Und letztendlich wird dieser Prozess sowohl China als auch der Welt zugute kommen.“

Während China diese Realität gerade für sich entdeckt, hat inzwischen ein neues Wachstumsmodell – hauptsächlich in Europa – Gestalt angenommen. Im Gegensatz zum Rest der Welt hat Europa das Wirtschaftswachstum in den letzten 25 Jahren effektiv von CO<sub>2</sub>-Emissionen entkoppelt. Aber die EU stößt immer noch 10 % der globalen Treibhausgase aus, und das bei einem Weltbevölkerungsanteil von knapp 7 %. Europäische Unternehmen produzieren mit einer größeren Energie- und Rohstoffeffizienz Waren, die vergleichsweise weniger Energie als in den meisten anderen Teilen der Welt verbrauchen. Die **Fähigkeiten Europas im Bereich grüner Technologien gehören zu seinen größten Wettbewerbsvorteilen**, wie im Bericht 2016 European Semester hervorgehoben wird: „Auf Sektorebene besteht ein signifikantes Potenzial für Wachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen in der Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen, Energieeffizienz, Abfall- und Wasserwirtschaft, Wiederherstellung der Luftqualität, im Schutz der Artenvielfalt und in der Entwicklung einer grünen Infrastruktur, die flexibel auf Veränderungen im Geschäftszyklus reagiert. Die Beschäftigung im Bereich Umweltgüter und -dienstleistungen in der EU erhöhte sich von 3 Millionen im Jahr 2002 auf 4,2 Millionen im Jahr 2013 und nahm in dem Zeitraum von 2007 bis 2013, also während einer Wirtschaftskrise, in der die meisten Sektoren schrumpften und Arbeitsplätze verloren, um 24 % zu. Für die Wettbewerbsfähigkeit Europas ist es von grundlegender Bedeutung, dass die EU diesen „**Pioniervorteil**“ aufrechterhält.“

Die EU baut an einem Konzept einer **Kreislaufwirtschaft** mit der Zielsetzung, die gegenwärtigen Konsum- und Produktionsmuster durch Konzentration auf Produkte (Haltbarkeit, Reparaturfähigkeit, Wiederverwendung und Wiederverwertbarkeit), Abfall (Vermeidung, Material-Recycling, Energierückgewinnung, Vermeidung von Mülldeponien) und Verbraucherwahrnehmung zu ändern. Diese politischen Bestrebungen eröffnen signifikante Möglichkeiten zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und damit auch Einkommen für eine Vielzahl unterschiedlich qualifizierter Facharbeiter. Die Umwandlung des Wachstumsmodells zur Innovationsförderung

könnte sich auch als Gelegenheit herauskristallisieren, über den **jeweiligen Beitrag der unterschiedlichen Arbeitsformen zu unserer Gesellschaft** nachzudenken.

In den letzten Monaten wurde die Frage eines „**universalen Grundeinkommens**“ in mehreren Mitgliedstaaten diskutiert (Finnland, Niederlande) und in der Schweiz sogar formal auf die Probe gestellt und im Juni 2016 per Referendum abgelehnt. Abgesehen von seiner Komplexität, ist die Vorstellung eines Grundeinkommens Teil der zunehmenden Debatte über neue Formen von Wirtschaftswachstum und Beschäftigungsverhältnissen angesichts der weiteren Robotisierung und Digitalisierung unserer Arbeitsplätze. Es könnte als Lösung betrachtet werden, damit die Menschen ohne Verbindung zu einer Beschäftigung den Zugang zu Grundbedürfnissen haben; allerdings werden damit keine Ungleichheiten beseitigt.

Es wurde viel in der Öffentlichkeit über die Vorstellung diskutiert, die **Arbeit weniger** als andere Produktionsfaktoren **zu besteuern**. Durch Steuern hat die Arbeitsproduktivität im letzten Jahrhundert dramatisch zugenommen. Damit 10 Milliarden Menschen auf diesem Planeten versorgt werden können, muss die Produktivität von Material und Kapital aufholen. Die meisten Mitgliedstaaten haben zwar die Debatte über eine steuerliche Entlastung der Arbeit aufgenommen, aber wenige haben sich konkret dazu entschieden. Angesichts der Digitalisierung und Robotisierung der Produktionsprozesse und des damit verbundenen Verlusts vieler einfacher, repetitiver Arbeitsplätze wird dieser Schritt immer dringlicher. Dazu sind Investitionen in die Verbesserung der **Qualifikationen** der Menschen erforderlich, aber eine integrative Gesellschaft wird auch weniger qualifizierte Menschen beschäftigen müssen.

**Neue**, oftmals durch neue digitale Technologien ermöglichte **Geschäftsmodelle** werden geprüft. Das oft von den Autoherstellern selbst angebotene „Car-Pooling“ (quasi Mitfahrgelegenheiten) ist nur eines dieser Konzepte, die auf die Haltbarkeit von Gütern mehr Wert legen als auf ihre Erneuerungsbedürftigkeit. Diese Entwicklung müsste sich beschleunigen, wobei gute Initiativen kopiert und großflächig angelegt werden müssen. Dies erfordert **Rahmen auf allen politischen Ebenen zur Schaffung geeigneter Infrastrukturen und Gesetze**, einschließlich Steuern und Subventionen, weitere Investitionen in die Aus- und Fortbildung sowie fortgeführte, breit angelegte Bewusstseinskampagnen. Dies kann zu einer **Änderung der Denkart** führen und es den Europäern ermöglichen, **sich diesem Wandel zu verschreiben**.

**«Science sans conscience n'est que ruine de l'ame» [„Wissenschaft ohne Gewissen ist nichts als der Ruin der Seele“] - Rabelais**

Die **Digitalisierung** hat neue, **kollaborative Wirtschaftsmodelle** gefördert. Im Juni 2016 verabschiedete die Kommission „**eine europäische Agenda für die kollaborative Wirtschaft**“ als Richtlinie dafür, wie bestehendes EU-Recht in diesem dynamischen und sich schnell entwickelnden Sektor zur Anwendung kommen soll. Während die gemeinsame oder erneute Nutzung von Waren zu weiteren kreisförmigen Mustern beitragen kann, **lösen** diese neuen Geschäftsmodelle **auch Fragen über ihre sozialen/arbeitsbezogenen/fiskalischen und umweltbezogenen Auswirkungen aus**, die zurzeit erforscht werden. Man darf nicht vergessen, dass die Nutzung von E-Mails, SMS und Apps energieintensiv ist, und dass die Produktion von digitalen Geräten ressourcenintensiv ist (Wasser, seltene Erden). Die Informationstechnologie

ist teilweise für den Klimawandel verantwortlich und hat den am schnellsten zunehmenden Anteil am Elektronikschrott.

**Ja, die Nachhaltigkeit kann durchaus eine europäische Marke sein**, welche die Europäer aus allen Regionen um eine gesellschaftliche Entscheidung zur Bekämpfung von Armut und Hunger, zur Verbesserung der Ernährung, zur Förderung nachhaltiger Landwirtschaft, zur Sicherung eines gesunden Lebens und einer gerechten und guten Ausbildung für alle, zur Schaffung der Gleichheit zwischen den Geschlechtern, zur Gewährung des Zugangs zu sauberem Wasser und erneuerbaren Energien, zur Sicherung eines integrativen Wirtschaftswachstums und vernünftiger Arbeit für alle, zur Schaffung flexibler Infrastrukturen, zum Abbau von Ungleichheiten, zum Bau lebenswerter Städte, zum Schutz der Meere, terrestrischer Ökosysteme und der Artenvielfalt im Rahmen einer friedlichen, demokratischen und rechtsstaatlichen Gesellschaft vereint: so werden die **Ziele der nachhaltigen Entwicklung auf der Agenda effektiv umgesetzt**.

## **Nachhaltigkeit, sofort!**

**„Es scheint immer unmöglich zu sein, bis man es schafft“**

**- Nelson Mandela**

In einer nachhaltigen Gesellschaft harmoniert das Wirtschaftswachstum mit den planetarischen Grenzen und ist gerecht unter den Bürgern verteilt. **Nachhaltige Entwicklung ist kein neues Konzept**. Obwohl es international im Jahr 1987 durch den Brundtlandbericht bekanntgemacht wurde, ist es auch nach 30 Jahren noch ein Konzept, **das schlecht** oder gar nicht **umgesetzt** wurde. Im September 2015 bestätigten die UN-Mitgliedsländer erneut, dass die nachhaltige Entwicklung die richtige Marschrichtung ist, jetzt aber dringend und universal, gleichermaßen für Industrie- und Entwicklungsländer. Die **Europäische Union verpflichtete sich, diesen Aktionsplan umzusetzen**. Die Europäische Union verpflichtete sich dazu, **„unsere Welt umzuformen“**.

Bei ihrer Amtsübernahme im Jahr 2014 forderte die jetzige Kommission eine **„Europäische Union, die größer und ambitionierter in großen Dingen und kleiner und bescheidener in kleinen Dingen ist.“** Die **Umformung der Welt scheint ein eher größeres Ding zu sein, das die EU deshalb in Angriff nehmen sollte**. Und dies entspricht vollkommen der erklärten Absicht von Präsident Juncker, **eine andere Kommission zu sein, „die Europa wahrhaftig verändert und erneuert.“** „Dieses Mal ist es anders“, war das Motto des Europäischen Parlaments in der Wahlkampagne. Lassen Sie uns gemeinsam beweisen, dass wir dieses Versprechen in die Realität umsetzen können. Dass wir gemeinsam in der Lage sind, Europa wirklich zu verändern und zu erneuern. Und dass wir zusammenarbeiten werden, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in das Projekt Europa zurückzugewinnen. Ich werde alles in meiner Macht stehende tun, um diesen Unterschied zu machen.“ Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung ist das perfekte Werkzeug dazu, dieses Versprechen in eine konkrete Leistung zu verwandeln.

Aus **Subsidiaritätssicht** gibt es eine **deutliche Wertschöpfung für Maßnahmen auf EU-Ebene**. Die Mitgliedstaaten haben sich der **Agenda 2030 verschrieben und dabei gleichzeitig auf die Notwendigkeit einer erneuerten Nachhaltigkeitsstrategie in der EU hingewiesen**.

Tatsächlich hat die EU eine Reihe politischer Programme wie Binnenmarkt, Handel, Landwirtschaft, Klimawandel, Fischerei oder Wettbewerb, die zur Nachhaltigkeitsagenda beitragen könnten, und bei denen die Mitgliedstaaten alleine handlungsunfähig wären. Da sowohl die EU als auch die einzelnen Mitgliedstaaten die SDG übernommen haben, werden sie alle über ihre jeweiligen Umsetzungshandlungen berichten müssen.

Dies würde einen EU-Umsetzungsplan oder eine Strategie erfordern, die eng mit den Mitgliedstaaten zu koordinieren wäre.

**Die Nachhaltigkeit ist eine sehr europäische Marke**, die in Artikel 3.3 des Vertrags über die Europäische Union verankert ist: Ihr Aufbau beruht auf „einem ausgewogenen Wirtschaftswachstum und Preisstabilität, einer hoch wettbewerbsfähigen sozialen Marktwirtschaft mit der Zielsetzung von Vollbeschäftigung und sozialem Fortschritt und einem hohen Niveau an Schutz und Verbesserung der Qualität der Umwelt.“ Die Umsetzung erfordert die gleiche Beachtung für alle drei Aspekte: Sie müssen zusammen in Angriff genommen werden.

Weil die EU eine Schlüsselfigur bei der Konzeption der Agenda 2030 der UN und den Zielen der nachhaltigen Entwicklung ist, **sind die Erwartungen hoch**. Es ist eine Frage der **Glaubwürdigkeit für die EU**, die Nachhaltigkeitsagenda, zu deren Entwicklung sie beigetragen hat, im Inland umzusetzen, worauf Präsident Juncker unlängst hinwies: “Une Europe, ouverte sur le monde, c’est aussi **une Europe qui sait prendre ses responsabilités**. L’Union européenne, ce n’est pas seulement une «puissance douce»; c’est aussi un acteur pleinement engagé sur tous les fronts, et qui participe à la définition des règles du monde à venir. Nous l’avons vu sur le climat et lors de l’adoption des objectifs de développement durable l’année dernière ». [„Ein weltoffenes Europa versteht es auch, seine Verantwortung zu übernehmen. Die Europäische Union ist nicht nur eine ‚sanfte Macht‘; sie ist auch ein an allen Fronten voll engagierter Akteur, der an der Festlegung der Regeln für die künftige Welt beteiligt ist. Das haben wir beim Klima gesehen und bei der Übernahme der Ziele der nachhaltigen Entwicklung im letzten Jahr.“] Europas führende Rolle bei der Steuerung des Wandels in Richtung eines anderen Entwicklungsmodells, das für die europäischen Bürger geschaffen wurde, ist in der universalen Art der Ziele der nachhaltigen Entwicklung anerkannt und spiegelt diese wider.

Es ist wichtig, dass die **Nachhaltigkeitsagenda** zu „**DER**“ **Vision für die Europäische Union** wird, damit eine positive Nachricht über den Wandel und die kommenden Veränderungen vermittelt werden kann. Dabei könnte es sich um ein gemeinsames europäisches politisches Projekt handeln, das dringend erforderlich ist. Die EU sollte die UN-Definition übernehmen, dass es sich bei den Zielen der nachhaltigen Entwicklung um „eine Agenda der Menschen, von den Menschen und für die Menschen“ handelt.

Die meisten Mitgliedstaaten, viele Geschäftsleute und die bürgerliche Gesellschaft unterstützen diese neue Agenda als Auslöser für den Spielwechsel. Es gibt eine eindeutige **Forderung** danach, dass es in Politik und Praxis „**nicht wie gewohnt läuft**“. Bei fast allen Konferenzen, Foren, Podiumsdiskussionen und Workshops zu Problemen der „Nachhaltigkeit“ seit der Übernahme der Ziele der nachhaltigen Entwicklung sind große weltweit engagierte Unternehmen Sponsoren, beteiligt oder

zugegen: es besteht eine starke **Nachfrage aus der bürgerlichen Gesellschaft und ein eindeutiges Geschäftsargument für Innovationen und Investitionen**. In dieser Hinsicht sind **Europäische Unternehmen wettbewerbsfähig** und sollten durch eine förderliche öffentliche Politik unterstützt werden. Gleichzeitig **ist der Wandel stets eine Herausforderung**; das liegt an einer angeborenen Angst vor dem Unbekannten und an der gesellschaftlichen Trägheit. **Wandel erfordert Führung**. In seiner Ansprache an den Papst im Mai 2016 sagte Präsident Juncker: "Cela ne fut jamais et ne sera jamais facile. Mais nous retrancher dans nos petites zones de confort n'est pas une solution. Retrouvons donc le courage de nos prédécesseurs, le courage d'affronter les difficultés pour les vaincre, celui de ne pas subir l'histoire mais de faire l'histoire, d'en être les architectes, les artisans, les constructeurs. Audaces fortuna juvat. Nous le devons aux jeunes Européens". [Das war nie einfach und wird nie einfach sein. Es ist aber keine Lösung, wenn wir uns in unseren kleinen Komfortzonen einigeln. Wir müssen wieder den Mut unserer Vorgänger finden, den Mut, Schwierigkeiten entgegenzutreten, um sie zu besiegen, Geschichte nicht zu ertragen, sondern zu machen, ihre Architekten, Handwerker, Baumeister zu sein. Audaces fortuna juvat. Wir schulden es den jungen Europäern.]

## Elastizität

Die Debatte um die Nachhaltigkeit ist durch das Konzept der **Elastizität** ergänzt worden. Damit sollen Maßnahmen definiert werden, die es den Gesellschaften **nach einer Krise erlauben, wie ein Ball zur Lage vor der Krise zurückzuspringen**. Es ist ein nützliches Konzept, unterscheidet sich aber von der Nachhaltigkeit. Eine **nachhaltige Gesellschaft würde sich bemühen, eine Krise zu verhindern**, was auf einem politischen Lernprozess basieren würde. Die Elastizität nimmt die Krise als unvermeidbar hin, versucht aber, die Auswirkungen einzuschränken. Die Konzepte ergänzen sich also, wobei die Elastizität für nicht vorhersehbare Krisen, beispielsweise Naturkatastrophen wie Erdbeben oder Vulkanausbrüche, relevant ist. Die Nachhaltigkeit würde versuchen, den Vorfall zu verhindern, und ist deshalb nützlich für vorhersehbare, vom Menschen verursachte Ereignisse, die durch eine bessere Politik vermeiden wären. Der **Sprung zurück zu der vor der Finanzblase bestehenden Situation ohne eine Änderung der Politik würde lediglich zur nächsten Blase führen**. Bessere Algorithmen zur Vorhersage einer Blase können zwar für einzelne Akteure nützlich sein, nicht aber für die Weltwirtschaft, da sie nur den Ersten erlauben, ihre Vermögenswerte abzuziehen, bevor eine Wertminderung eintritt. Wenn alle gleichzeitig handeln würden, würden alle verlieren. Beide Optionen sind nicht tragbar.

## Ein neuer Führungsansatz für eine nachhaltige Politik

„Nichts ist ohne Menschen möglich, und ohne Institutionen ist nichts von Dauer“ – **Jean Monnet**

**Die Umsetzung der Ziele der nachhaltigen Entwicklung erfordert neue regierungsbezogene Ansätze auf allen Ebenen**, einschließlich auf EU-Ebene. Nach Jean Monnet sind institutionelle Entscheidungen zur Sicherung der längerfristigen Gültigkeit der Nachhaltigkeitsagenda erforderlich.

Zahlreiche Mitgliedstaaten haben sich für eine erneuerte Nachhaltigkeitsstrategie der EU ausgesprochen, und **nur zwei von ihnen haben ihre eigenen nationalen Nachhaltigkeitsstrategien formuliert und sind dabei, diese in Anlehnung an die SDG zu aktualisieren. Es besteht ein breiter Konsens, dass die Umsetzung auf nationaler Ebene eine Koordinierung auf EU-Ebene erfordert. In seiner Entschließung vom 12. Mai 2016 forderte das Europäische Parlament die Kommission auf, „einen Vorschlag für eine übergreifende Strategie für nachhaltige Entwicklung vorzulegen, die alle einschlägigen internen und externen Politikbereiche der EU, einen detaillierten Zeitplan bis 2030, eine Halbzeitüberprüfung und ein besonderes Verfahren, mit dem für die uneingeschränkte Einbeziehung des Parlaments gesorgt wird, sowie einen konkreten Plan für die Umsetzung umfasst, mit dem die Verwirklichung der 17 Ziele, 169 Zielvorgaben und 230 globalen Indikatoren koordiniert und die Kohärenz mit den Zielen im Rahmen des Übereinkommens von Paris und ihre Verwirklichung sichergestellt wird; und betonte die Universalität der Ziele und die Tatsache, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten zugesagt haben, alle Ziele und Zielvorgaben in der Praxis und im Geist uneingeschränkt umzusetzen“.**

Ein Schritt zur Erwidern dieser Erwartungen wäre vielleicht, die Verpflichtung der EU zur Nachhaltigkeit als übergreifendes politisches Ziel für die Union auf höchster politischer Ebene zu befürworten. Eine Gipfelerklärung des Europarats über nachhaltige Entwicklung könnte das geeignete Instrument dazu sein.

Es wäre von der Logik her richtig, eine derartige Verpflichtung den Regierungschefs gegenüber zu bestätigen, da alle Mitgliedstaaten und die EU selbst die SDG im September 2015 in New York übernommen haben. **In Anbetracht der Tatsache, dass die UN-Resolution fast ein Jahr alt ist, sollte eine Erklärung dringend entworfen werden.**

### **Förderung europäischer Voraussicht**

Diese Agenda befasst sich mit **längerfristigeren politischen Zielen**. Es ist eine **Chance für die Kommission, sich wieder auf das Gesamtbild zu konzentrieren**, einen innovativen, globalen Denkansatz zu pflegen, **ein Raum** für die nötige Voraussicht zu sein, damit **die Kurzfristigkeit vermieden und über ein langfristiges Projekt für die europäische Gesellschaft nachgedacht werden kann**. Die Kommission könnte ihre **eigene strategischen langfristigen Prognosemöglichkeiten (EPSC), die des European Strategy and Policy Analysis System (ESPAS) und anderer relevanter Stellen wie der Europäischen Umweltagentur** uneingeschränkt nutzen.

Die Europäische Umweltagentur fordert eine **„umfangreichere Nutzung von Prognosemethoden** wie Horizon-Scanning, Szenarioentwicklung und Visioning, um die langfristige Entscheidungsfindung durch die Kombination unterschiedlicher Perspektiven und Disziplinen und die Entwicklung eines systemischen Verständnisses zu stärken. Die Folgenabschätzungen der Europäischen Kommission und der EU-Mitgliedstaaten könnten beispielsweise verbessert werden, wenn darin systematisch der langfristige globale Zusammenhang berücksichtigt werden müsste.



## Sicherung eines Beteiligungsprozesses

Die SDG wurden im Zuge eines **offenen Beteiligungsprozesses** mit den verschiedensten Interessenträgern neben den traditionellen Regierungsvertretern ausgehandelt. Die Umsetzung wird weiterhin breit angelegt sein müssen, entsprechend dem Verständnis, dass ganzheitliche Führungsansätze erforderlich sind, um die zunehmende Komplexität der globalen Herausforderungen zu bewältigen. Eine Beteiligung der zivilen Bevölkerung und der Unternehmen lässt sich nur durch integrative, offene und transparente Prozesse bewerkstelligen. **Eine ambitionierte Nachhaltigkeitsagenda der EU hat sicherlich die Kapazität, größere Teile der Unternehmen und der zivilen Gesellschaft auf den Plan zu bringen.**

Die Nachhaltigkeit ist ein **sehr politisches Konzept**; das bedeutet, dass die Parlamente und breiteren Interessengruppen miteinander in Verbindung gebracht werden müssen. In einigen Mitgliedstaaten gibt es repräsentative Nachhaltigkeitsgremien (beispielsweise Deutschland, Belgien), und die nationalen Parlamente haben in unterschiedlichen Formen versucht, sich mit Nachhaltigkeitsproblemen zu befassen. **Das Europäische Parlament könnte möglicherweise eine übergreifende Nachhaltigkeitsstruktur ins Auge fassen.** Es wäre wichtig, die Schaffung einer derartigen Struktur innerhalb bestehender sektoraler Strukturen zu vermeiden, damit der erforderlichen übergreifenden wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Beurteilung Rechnung getragen wird. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) ist mit seiner Beobachtungsstelle für nachhaltige Entwicklung (BNE) aktiv bestrebt, eine Konsultationsstruktur aufzubauen, und zwar das „Forum Nachhaltige Entwicklung“.

## Der Anfang muss innerhalb der Kommission gemacht werden

Die Juncker-Kommission plant, stärker integrierte Maßnahmen in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung der europäischen Gesellschaft zu ergreifen: „Deshalb wird meine Kommission nicht nur anders aussehen, sondern auch anders arbeiten. Nicht als die Summe ihrer Teile, sondern als Team. Nicht durch Silomentalitäten, Gruppen und Portfoliogrenzen, sondern als ein kollegiales, politisches Gremium. Ich will eine politische, ausführende Kommission, die dem Gemeinwohl und Europas Bürgerinnen und Bürgern dient.“

Eine Reihe von Mitgliedstaaten hat **Nachhaltigkeitsbotschafter** innerhalb ihrer entsprechenden sektoralen Ministerien ernannt, um dafür Sorge zu tragen, dass Nachhaltigkeitsangelegenheiten gleich am Anfang bei der Festlegung sektoraler politischer Richtungen an Bord genommen werden.

Die Ernennung von „Nachhaltigkeitsbotschaftern“ und die Entwicklung eines „Nachhaltigkeitsnetzes“ oder eines „Visionsnetzes“ innerhalb der Kommission kann ein praktisches Mittel zu Silobildungsbekämpfung darstellen. Es könnte – unter Beachtung des Gesamtbildes – nach Themen, beispielsweise um individuelle SDG, organisiert sein.

Der Aufbau eines derartigen **internen Netzes innerhalb der Kommission** würde die **Aufmerksamkeit** auf nachhaltige Entwicklung **lenken**. Dieses Netz könnte weiteres

Interesse an der Nutzung von Nachhaltigkeit und der Ziele der nachhaltigen Entwicklung als **Leseraster** für die Politik erzeugen.

Selbst wenn das Nachhaltigkeitskonzept adäquater von Anfang an in das System eingebaut wird, wird die Kommission vielleicht auch die Rolle des Ausschusses für Regulierungskontrolle (*Regulatory Scrutiny Board – RSB*) zur Beurteilung der Kommissionsempfehlungen gegen wirtschaftliche, soziale und umweltbezogene Auswirkungen stärken wollen. Die RSB-Beurteilung wäre beratender Art, sollte jedoch als Bestandteil transparenter Regierungsführung öffentlich verfügbar sein. Diese Maßnahme würde die Festlegung klarer und zeitnaher Indikatoren erfordern.

**Der Prozess, den Kolleginnen und Kollegen die Nachhaltigkeit konkret vor Augen zu führen, ist extrem wichtig** für eine bessere Integration politischer Programme, indem ein Sinn für gemeinsames Eigentum und Verantwortung geschaffen wird. Ein besseres Verständnis dessen, wofür die Nachhaltigkeit steht, ist ebenfalls notwendig. Intern über Nachhaltigkeitsprobleme geschulte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter **könnten** eine wirksame Art und Weise sein, diesen alles übergreifenden Gedanken von Anfang an in einen politischen Ansatz zu überführen, statt lediglich Folgeabschätzungen in den Endstadien durchzuführen.

Über das Programm Horizont 2020 ist die Kommission an einem 3-Jahres-Projekt mit der OECD über **Innovationen im öffentlichen Sektor** beteiligt. Dies ist eine Gelegenheit für die Kommission, ihre internen Strukturen innovativ zu hinterfragen und eine **auf Systeme bezogene Denkweise** im Hinblick darauf zu fördern, dass die Schaffung nachhaltiger politischer Lösungen ihre alles übergreifende Zielsetzung ist.

Die Kommission sollte außerdem **führen**, indem sie **mit gutem Beispiel vorangeht**: Stärkung der Nutzung ihres eigenen Eco-Management and Audit Scheme (EMAS) und Einsatz einer strategisch öffentlichen Beschaffung (Nahrungsmittel, Energie, Transportwesen).

### **Optimierung der Instrumente der Kommission zur Beurteilung und Überwachung der Nachhaltigkeit**

Trotz einer zunehmenden Realisierung der Notwendigkeit nachhaltigerer Aktivitäten in der zivilen Gesellschaft, aber auch unter einer steigenden Zahl von Unternehmen, weisen die **Megatrends immer noch in die falsche, nicht nachhaltige Richtung**. Das ist aber auch nicht verwunderlich: Wenn konkrete Messung und Überwachung fehlen, kommen Ergebnisse nur langsam, wenn überhaupt, zum Vorschein. Daher kommt die **Notwendigkeit zur Festlegung einer Reihe verlässlicher und relevanter Indikatoren** für die entsprechenden Ziele, damit Regierungen, Unternehmen und die bürgerliche Gesellschaft den Fortschritt bei der Umsetzung gemeinsam vereinbarter Nachhaltigkeitsziele messen und beurteilen können.

Seit dem Jahr 2000 erstellt das **Statistische Amt der EU** alle zwei Jahre einen Nachhaltigkeitsbericht für die EU. Damit lassen sich die wichtigsten Trends identifizieren, die im Bericht auf der Grundlage einer Reihe von Leitindikatoren beschrieben sind. Es liegt klar auf der Hand, dass der Wert dieser Trends von der Verwendbarkeit der Leitindikatoren abhängig ist. Der **wichtigste Indikator für die Wirtschaftsentwicklung bleibt das Bruttoinlandsprodukt (BIP), trotz der**

### **erheblichen Mängel dieses Indikators im Hinblick auf nachhaltiges Wachstum.**

Die Arbeit in Bezug auf das BIP und darüber hinaus läuft zwar weiter, aber wir müssen dringend einen integrierten Leitindikator entwickeln, der die ökologischen Vorteile bzw. die Kosten der wirtschaftlichen Aktivitäten im Sinne der Leistung eines Staates mitberücksichtigt.

Ein geeigneter Leitindikator sollte zumindest auch die Entwicklung der natürlichen Ressourcen als ein adäquateres Spiegelbild des gesamten Wohlstands einer Gesellschaft darstellen.

Der wichtigste Leitindikator für die sozioökonomische Entwicklung ist das BIP pro Kopf, das die effektive Einkommensverteilung und damit auch die Wahrnehmung individueller europäischer Bürger von ihrer eigenen wirtschaftlichen Leistung verschleiert. Es stimmt zwar, dass in der detaillierten Analyse Indikatoren zu Menschen in Armutgefahr angeboten werden, darunter auch eine geschlechtsbasierte Analyse. Sie weisen auf eine problematischere Realität hin, insbesondere als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008. Nur mit den richtigen Koordinaten könnten politische Entscheidungen ihre Orientierung an der gewünschten allgemeinen Richtung finden.

Im Rahmen der Bemühungen der Vereinten Nationen im Hinblick auf die SDG spielen Überwachung und Messung seit jeher eine wichtige Rolle und sind einer der Gründe für den Einsatz von 169 präziser und messbarer definierten Unter-Zielvorgaben. Die Detailarbeiten zur Ermittlung dieser präzisen Indikatoren sind auf UN-Ebene unter vollumfänglicher Beteiligung des Statistikamts der EU im Gange.

Informationstechnologie, Satellitenobservation und Crowd Science („Mitmachforschung“ laut Spiegel) tragen zu erheblich mehr Informationen (Big Data) bei, die parallel zu den amtlichen Statistiken eingesetzt werden können.

Da die Sitzung des ersten UN High Level Political Forum (HLPF) im Juli 2016 stattfinden wird und die ersten Staaten Beurteilungen ihrer Nachhaltigkeitsleistungen vorlegen werden, besteht das Risiko individueller Auswahlen von Indikatoren, was zu Komplikationen bei der Ergebnisvergleichbarkeit führen würde. Es wäre sinnvoll, **zumindest eine gemeinsame europäische Reihe von Grundindikatoren zu entwickeln**, was es den einzelnen Mitgliedstaaten oder ihren Regionen und/oder Kommunen ermöglichen würde, lokal relevantere Arten der Messung festzulegen, einfach weil sowohl die EU als auch ihre Mitgliedstaaten dem HLPF gegenüber berichtspflichtig sind. Es wäre schon mehr als absurd, wenn diese Meldungen nicht in Einklang gebracht werden könnten und es nicht ermöglichen würden, vergleichbare längerfristige Trends zu ermitteln.

Die Kommission sollte EUROSTAT dringend bitten, die bestehenden Daten über alle SDG, ggf. unter der Nutzung von „Big Data“, im Rahmen der UN-Liste von 241 Indikatoren zu veröffentlichen.

JRC und EUROSTAT sollten dringend aufgefordert werden, zusammengesetzte Indikatoren für jedes der 17 SDG zu entwickeln.

EUROSTAT sollte aufgefordert werden, einen Plan zur Beschleunigung der Verfügbarkeit dieser Daten, einschließlich Schnellschätzungen, zu entwickeln, damit sich die Auswirkungen politischer Entscheidungen zeitnaher überwachen

lassen. Viele der gegenwärtig genutzten EUROSTAT-Daten im Nachhaltigkeitsbericht sind zwei bis drei Jahre überaltert.

### **Einsatz bestehender Instrumente als Nachhaltigkeitstreiber**

Über Indikatoren und Überwachungsoptionen könnte man parallel mit der Überprüfung des Mechanismus „**Europäisches Semester**“ und den länderspezifischen Empfehlungen (*Country-specific recommendations – CSR*) nachdenken. Sie dienen dem Ziel, einzelnen Mitgliedstaaten Hilfestellung darüber zu geben, was in den kommenden 12-18 Monaten realistisch erreicht werden kann, um das Wachstum im Rahmen des langfristigen Plans der EU für Beschäftigungs- und Wachstumsförderung zu stärken, **nachhaltiger und integrativer** zu gestalten. Die Agenda 2030 und die SDG bieten ein adäquates „Leseraster“ im Hinblick auf die Herausforderungen – und anschließenden Empfehlungen – die im jüngsten Frühlingssemesterpaket hervorgehoben wurden.

Die 10 Juncker-Prioritäten für Europa und die Agenda 2030 verstärken sich gegenseitig und sind in Verbindung miteinander zu lesen. Sie bergen echtes Potenzial dazu, den Semesterprozess in eine nachhaltigere Richtung zu lenken. In dem im Dezember 2015 veröffentlichten Jahreswachstumsbericht für 2016 erwähnte die Kommission, dass sie „einen Prozess zur Entwicklung einer längerfristigen Vision über den Horizont des Jahres 2020 hinaus, auch hinsichtlich der von den Vereinten Nationen für das Jahr 2030 vereinbarten neuen Ziele der nachhaltigen Entwicklung, einleiten wird. Die Lehren aus dem obengenannten Bericht Europa 2020 werden bei dieser Übung mit berücksichtigt.“

Ein Gesetzentwurf zur Erweiterung des **Dienstes zur Unterstützung von Strukturreformen** (SRSS) in ein EU-Instrument für sämtliche Mitgliedstaaten wird gegenwärtig mit anderen Gesetzgebern diskutiert, um ein Programm zur Unterstützung von Strukturreformen ins Leben zu rufen. Es wird die Mobilisierung der technischen Unterstützung einer breitgefächerten Reihe der wichtigsten Reformbereiche zur gezielten technischen Unterstützung der Mitgliedstaaten auf ihre Anforderung ermöglichen, um ihnen bei der Entwicklung und Umsetzung institutioneller, struktureller und administrativer Reformen Hilfestellung zu leisten. Auf betrieblicher Ebene wäre es wichtig, in der Umsetzungsphase des Vorschlags die **vollständige Integration der Agenda 2030 und der Ziele für eine nachhaltige Entwicklung zu gewährleisten**.

### **Bessere Kommunikation**

Eine bessere Kommunikation über die **positiven Auswirkungen gemeinsamer politischer Lösungen in der EU** ist extrem wichtig zur Befähigung der Bürgerinnen und Bürger und Eigentümern zu schaffen im Hinblick auf „EU-Regelungen, die von Europäern für Europäer geschaffen wurden.“ Die Kommission hat zahlreiche Erfolgsgeschichten zu erzählen. Eine bessere Kommunikation über die EU im Allgemeinen und über die Kommission im Besonderen sollte nicht dem einzelnen Mitgliedstaat allein überlassen werden. Die gegenwärtige Kommission hat den Dialog der Bürgerinnen und Bürger mit der unmittelbaren Beteiligung der Kommissare verstärkt. Es ist jedoch von wesentlicher Bedeutung, **ein breiteres Publikum anzusprechen**. Insbesondere müssen wir die jüngere Generation ansprechen und

ihre Wahrnehmung fördern, damit sie ein frühzeitiges Verständnis des politischen Lebens für sich entwickeln können. Schließlich ist sie die Zukunft, und ihr Engagement ist unverzichtbar.

## **Zurück auf die Schulbank?**

Die Beteiligung jüngerer Generationen beginnt in der Schule. Bereits im Jahr 2010 forderte der Europarat in seinen Schlussfolgerungen über „**Bildung für nachhaltige Entwicklung**“ den Einsatz eines „gesamtschulischen“ Ansatzes zur Hebung der Motivation und des Engagements aller Schülerinnen und Schüler und Studierenden, zur Entwicklung ihrer kritischen Denkfähigkeit und zur Verbesserung der Qualität ihrer Ausbildungsabschlüsse im Allgemeinen. Fundamental betrifft dies die Art, in der wir über unsere komplexe Welt denken und wie wir uns verhalten, damit die Menschen effektiv und zuversichtlich auf gegenwärtige und neue Herausforderungen reagieren können. Deswegen hat dies auch Implikationen für Bildung und Ausbildung auf allen Ebenen, was deutlich mehr bedeuten und ausmachen kann als eine Eingliederung der nachhaltigen Entwicklung als Zusatzfach in den Unterrichtsplan. Es erfordert ein **interdisziplinäres Lernen, neues Wissen, neue Fähigkeiten und Einstellungen, kreatives Denken, Innovation und eine langfristige Perspektive.**

Bildungsinstitute auf allen Ebenen sollten danach streben, Organisationen für die nachhaltige Entwicklung zu werden und mit guten Beispielen voranzugehen, indem die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung in die Politik und Praxis integriert werden, beispielsweise durch Energiespargebäude, Wirtschaften mit Naturressourcen und Entwicklung einer nachhaltigen Beschaffungs- und Konsumpolitik.

Die **Mitgliedstaaten sind primär** für den Inhalt des Lehrmaterials und der Bildung **zuständig**, aber die Kommission kann einen Beitrag mit dem Austausch bester Praktiken auf EU-Ebene leisten. Die Synergien **zwischen der Nachhaltigkeitsagenda und den Prioritätsbereichen des „Education and Training 2020 Framework“** könnten deutlich verknüpft und verstärkt werden.

Die Schul- und Ausbildung ist jedoch **nicht nur eine Sache für die Kleinen**; sie betrifft auch Studienpläne an den Hochschulen und andere Formen der beruflichen Bildung: Die Ingenieure von morgen müssen lernen, wie nachhaltige Infrastrukturen und Produkte zu bauen sind. Das 4. Ziel der nachhaltigen Entwicklung fordert die Sicherstellung integrativer und gerecht verteilter qualitativ hochwertiger Bildung und die Förderung lebenslanger Lernmöglichkeiten. Die Bildung wird sowohl als Zweck als auch als Mittel zum Erreichen einer nachhaltigen Entwicklung verstanden. Bei sämtlichen Konferenzen und Workshops in allen Bereichen – beispielsweise Landwirtschaft, Finanzwesen, Energie und Transportwesen, Produktion und Konsum – zur Umsetzung der Sustainable 2030 Agenda seit September 2015 wurde auf die „Schul- und Ausbildung“ als unabdingbare Lösung zu erhöhter Wahrnehmung, verbessertem Informationsaustausch und innovativem Denken, zur **Umformung von Auffassungen und Haltungen** in Richtung eines integrierteren Systemdenkens, eines nachhaltigeren Ansatzes, kurzum: **zur Schaffung einer Nachhaltigkeitskultur** hingewiesen.

## Überwachung auf Unternehmensebene

Zahlreiche Großunternehmen haben damit begonnen, im Rahmen ihrer Geschäftsstrategie über ihre **unternehmerische gesellschaftliche Verantwortung** (*Corporate Social Responsibility – CSR*) zu berichten. Oftmals werden diese Berichte von Dritten verifiziert. Außerdem werden Nachhaltigkeitsberichte als Reaktion auf die Forderungen von Anlegern nach erhöhter Transparenz über die längerfristigen Risiken erstellt. Die EU hat eine **Richtlinie über die Offenlegung nichtfinanzieller Informationen** verabschiedet, nach der Großunternehmen des öffentlichen Interesses (börsennotierte Gesellschaften, Banken, Versicherungsunternehmen und sonstige Unternehmen, denen dieser Status von den Mitgliedstaaten zugewiesen wurde) mit einer Belegschaft von mehr als 500 Mitarbeitern grundlegende Informationen hinsichtlich ihrer Exponiertheit gegenüber Nachhaltigkeitsrisiken offenlegen müssen.

Ein Teil der mangelnden Konzentration der Unternehmen auf Nachhaltigkeitsziele rührt von der Tatsache her, dass die **Auswirkungen eines Produktionsprozesses auf die Umwelt als Externalitäten** betrachtet, d.h. also nicht in der Einzelbilanz eines Unternehmens berücksichtigt werden. Im Sinne eines verantwortungsvolleren Ansatzes müssten die Unternehmen diese Externalitäten in ihrer Finanzbuchhaltung mit einpreisen. Einer der wenigen Versuche, der Umweltverschmutzung einen Preis zuzuweisen, ist das Emissionshandelssystem (EHS) der EU, in dessen Rahmen die Unternehmen für jede Tonne an Treibhausgasemissionen Zertifikate kaufen müssen. Dies führt zur Integration der Treibhausgasemissionen direkt in die Bilanz eines Unternehmens und stellt einen starken Anreiz für innovative, sauberere Produktionsprozesse dar (vorausgesetzt, der Preis stimmt). Die **Zusammenarbeit mit dem Rechnungswesen zur Feststellung, wie die Regeln im Rechnungswesen weiterentwickelt werden könnten, damit die Anteile der Externalitäten bei den einzelnen Unternehmen in deren individuelle Rechnungssysteme mit integriert werden können, wäre ein starker Anreiz** dafür, innovative und nachhaltige Produktionsprozesse zu schaffen.

## Nachhaltigkeitsbrennpunkte

*Errare humanum est, perseverare diabolicum - Seneca*

## Money, Money, Money...

**In den letzten drei und mehr Jahren hatten die Zentralbanken keine andere Wahl, als das nicht Nachhaltige zu tun, um die Nicht-Nachhaltigkeit zu stützen, bis andere das Nachhaltige tun, um die Nachhaltigkeit wiederherzustellen – Mohamed El-Erian**

Finanzen sind das Lebensblut jeder Marktwirtschaft. Finanzdienstleistungen sind ein wesentlicher Bestandteil jeder nachhaltigen Gesellschaft und ermöglichen die Investition angesparter Mittel in eine wirtschaftliche Tätigkeit, die idealerweise zusätzlich, innovativ und nachhaltig ist. In den Worten von Janet Yellen, der Vorsitzenden der US Federal Reserve Bank: „Ein reibungslos funktionierendes Finanzsystem unterstützt die effiziente Zuteilung von Ersparnissen und Investitionen und ermöglicht somit Wirtschaftswachstum und Beschäftigung.“ Mit wenigen Ausnahmen werden Finanzaktiva seit der ausgehandelten Liberalisierung im Rahmen

der Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) frei und generell kostenlos auf dem ganzen Planeten gehandelt.

In unserer globalisierten Welt sind die **Finanzen erheblich komplexer geworden**, von traditionellen Sparkassen bis hin zu Investmentbanken, Aktienhandel, Absicherungsinstrumenten usw. Am Ende des vergangenen Jahrhunderts fand eine beträchtliche Verlagerung der Rentabilität von Investitionen von der Realwirtschaft in Richtung spekulativerer Finanzprodukte statt. Es stehen mittlerweile **neue Akteure** auf der Bühne: Finanzmakler auf der Verkaufseite sowie Fondsmanager, Anlageberater und Privatfinanzberater auf der Kaufseite, wobei alle bestrebt sind, gegenwärtige oder künftige Bedürfnisse von Unternehmen mit globalen Ersparnissen in Einklang zu bringen. Manche dieser Akteure werden effektiv **pro Transaktion bezahlt und erhöhen damit die Kurzfristigkeit der heutigen Finanzmärkte**, und das trotz der längerfristigen Stabilität, die von institutionellen Akteuren wie Rentenfonds verlangt wird. **Neue Produkte** und erhebliche Zunahmen der globalen öffentlichen Verschuldung haben einen nie dagewesenen Zuwachs der globalen Finanzaktiva ausgelöst, deren Verhältnis zum globalen BIP von 1 : 1 im Jahr 1980 auf 4 : 1 im Jahr 2015 (300 Billionen im Vergleich zu 75 Billionen) gestiegen ist. Dieses Phänomen wird in der akademischen Literatur als die „Finanzialisierung“ der Wirtschaft beschrieben: Die Finanzprodukte entfernen sich immer mehr von der Realwirtschaft und werden zunehmend in hochvolatilen und schuldenfinanzierten Termingeschäften gehandelt. Zwar hat das sog. Financial Engineering (FE) eine ganze Reihe von Akteuren angelockt, aber nach Ansicht des ehemaligen Weltbankdirektors Steve Denning verringert es das jährliche Wirtschaftswachstum um nicht weniger als 2 %, **ein typisches Beispiel von Financial Engineering gegen kollektiven Wohlstand**. Interessanterweise ist festzustellen, dass von den 32 US-Unternehmen, die im Jahr 1980 von einem **AAA-Rating** profitierten, im Jahr 2015 nur noch zwei dieses Rating haben. Der Trend der Abwendung vom konservativen Finanzwesen begann in den 1980er Jahren und nimmt weiterhin zu. 13 der 32 US-Unternehmen verloren ihr Rating wegen der Finanzialisierung, was zeigt, dass die Ratingagenturen das Phänomen mit kritischen Augen betrachten.

Traditionell mussten Regierungen Zinsen auf **Anleihen** zahlen, um ihre Ausgaben zu finanzieren. Inzwischen zahlen Anleger einigen Regierungen Geld für die Möglichkeit, ihnen Geld zu leihen. Traditionell standen Banken um **Einlagen** im Wettbewerb. Heute reduzieren immer mehr Banken ihre Aktivitäten im Spargeschäft und versuchen, Einlagen zu verhindern. In der Vergangenheit hat die Gesellschaft darauf vertraut, dass das Bankensystem Kreditgelder in produktive Bahnen lenken würde. Die Krise von 2008 änderte das alles, als die unverantwortliche Risikokultur der Banken in Verbindung mit laxer Regulierung und noch laxerer Überwachung und Durchsetzung die Weltwirtschaft in eine gewaltige Krise stürzte.

Die **Krise von 2008 nahm ihren Ursprung** im Finanzsystem. Der Zusammenbruch von Lehman Brothers hat die europäischen Volkswirtschaften dramatisch getroffen, als ein genereller Vertrauensverlust in Finanzprodukte im Zusammenhang mit dem US-amerikanischen Wohnimmobilienmarkt eskalierte und das allgemeine Risiko der Kreditvergabestrukturen der Banken in Frage gestellt wurde. In manchen Mitgliedstaaten mussten marode Banken mit dem Geld der Steuerzahler gerettet werden. Durch die Rettung der Banken wurde die **Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen** riskiert, und das wiederum bekamen die Banken zu spüren in Form der Staatspapiere, die sie in ihren Bilanzen hatten (die sogenannte

Rückkoppelungsschleife oder die Bank-Staat-Verbindung). In Europa löste dies eine dramatische Wirtschaftskrise in den Mitgliedstaaten mit hohen Haushaltsdefiziten aus, wobei in einigen Mitgliedstaaten der Euro selbst und die Beteiligung am Euroraum in Frage gestellt wurden. Die Krise traf Europa zu einer Zeit, als in der Währungsunion noch eine Reihe von erforderlichen gemeinsamen politischen Instrumenten fehlte.

Die Zentralbanken stellten sich als die Schlüsselakteure heraus und verhinderten ein weiteres Eskalieren der Krise. Aber ihre Kapazitäten zur Lockerung der Geldpolitik für einen längeren Zeitraum werden inzwischen in Frage gestellt, und eine noch nie dagewesene Entwicklung ist, dass sogar negative Zinssätze die wichtigsten Volkswirtschaften bislang noch nicht wirklich ankurbeln konnten.

Mohamed El-Erian, Vorsitzender von Präsident Obamas Global Development Council, beschreibt die gegenwärtige Weltwirtschaft so, als würde sie sich in Richtung einer T-Kreuzung bewegen. Nach seinem Dafürhalten wird die **Rolle der Zentralbanken** als alleinige Akteure im Kampf gegen die Krise mit beispiellos lockerer Geldpolitik bald zu Ende gehen und **durch einen von zwei entgegengesetzten Wegen ersetzt**. „Ein Weg aus der T-Kreuzung verlangt eine Wiederherstellung hochintegrativen Wachstums, das Arbeitsplätze schafft, das Risiko finanzieller Instabilität reduziert und einer ausufernden Ungleichheit entgegenwirkt. Das ist ein Weg, der auch politische Spannungen reduziert, Fehlfunktionen der Regierung lindert und ein Hoffnungsträger zur Entschärfung geopolitischer Bedrohungen der Welt ist. **Der andere Weg** bedeutet noch geringeres Wachstum, eine dauerhaft hohe Arbeitslosigkeit und eine sich weitere verschlimmernde Ungleichheit. Es ist ein Weg erneuter globaler Finanzinstabilität, der politischen Extremismus nährt und den sozialen Zusammenhalt und die Integrität untergräbt.“ Mit dem *Five Presidents Report*, dem Juncker-Investitionsplan, dem *Capital Markets Union Plan* und einer Reihe von Finanzvorschriften zusätzlich zu den Stabilisierungsbemühungen seiner am härtesten getroffenen Mitgliedstaaten (Griechenland, Irland und Portugal) schlägt Europa den positiven Weg ein.

Mit den Worten des IWF: „**Die Kooperation zur Verbesserung des globalen finanziellen Sicherheitsnetzes und das globale Regulierungssystem** sind für ein widerstandsfähiges Weltwährungs- und -finanzsystem **von zentraler Bedeutung**. Einige der Risiken aus nichtwirtschaftlichen Quellen stellen ebenfalls Probleme der öffentlichen Güter dar, die durch internationale Koordinierung nach dem Modell der Pariser Klimavereinbarung von Dezember 2015 lösbar sind. Die gegenwärtig nicht zufriedenstellende Prognose und die damit verbundenen Abwärtsrisiken verlangen nach einer sofortigen Reaktion. **Wenn die nationalen Politiker die Risiken, mit denen sie gemeinsam konfrontiert sind, klar erkennen und sich gemeinsam darauf vorbereiten würden, könnte dies beträchtliche positive Auswirkungen auf das globale Vertrauen haben.**“

Die **Rückkehr zur Nachhaltigkeit** würde nach Angaben von El-Erian **vier breit angelegte Maßnahmen** erfordern: 1) integratives Wachstums ernstnehmen, 2) Zahlungsfähigkeit und -bereitschaft in Einklang bringen, 3) Schuldenüberhänge beseitigen und 4) die richtige Architektur schaffen. Alle vier Bereiche stellen eine Herausforderung für Europa dar, wenn es uns nicht gelingt, das gemeinsame Interesse und Wohl über die individuellen nationalen Interessen zu stellen. **Der Five Presidents Report enthält einen Umriss der künftigen Entwicklung, der jedoch nur eine geringe Akzeptanz seitens der Mitgliedstaaten erhielt.**



**Integratives Wirtschaftswachstum** impliziert den Einsatz des Financial Engineering oder der Finanzialisierung zugunsten eines realen wirtschaftlichen Wohlstands durch Festlegung angebotsseitiger Maßnahmen von Bildung bis Infrastruktur und die Beseitigung wachstumshemmender fiskalischer Verzerrungen zur Schaffung weiterer öffentlich-privater Partnerschaften zur Hebelung von Investitionen.

Die **Zahlungsfähigkeit und -bereitschaft** sind zentrale Elemente der **Fiskalpolitik** und der Kapazitäten von Staaten, antizyklisch zu handeln, einschließlich der Gestaltung der Steuer-, insbesondere der Körperschaftsteuersysteme. Die EU hat wichtige Schritte zur Hinterfragung spezieller Steuerzugeständnisse für einzelne Unternehmen und zur Schließung von Steuerschlupflöchern für in der Europäischen Union tätige Unternehmen getan.

Bei der Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten besteht die eindeutige Notwendigkeit, staatliche Mittel für gemeinsame Maßnahmen in den Bereichen Infrastruktur, Gesundheit, Bildung und Sozialschutz zu sichern.

Laut Schätzungen kostet das **Problem der Steuerhinterziehung** die EU in jedem Jahr 50 bis 70 Mrd. Euro!

Die **Beseitigung von Schuldenüberhängen** impliziert eine Lastenteilung unter den Geldgebern und Schuldern in den verschiedenen Mitgliedstaaten und unterschiedlichen politischen Konstellationen. Eine weitere politische Herausforderung besteht darin, die Grenzen der Solidarität auf die Probe zu stellen.

Was die **Architektur** betrifft, enthält der **Five Presidents' Report** die nötigen Schritte, damit die Europäische Union gegenüber externen Schocks widerstandsfähiger wird: „**Der Fortschritt muss an vier Fronten erfolgen: erstens** in Richtung einer wahren Wirtschaftsunion, die sicherstellt, dass jede Volkswirtschaft die strukturellen Voraussetzungen dafür erfüllt, innerhalb der Währungsunion gedeihen zu können. **Zweitens** in Richtung einer Finanzunion, die für die Integrität unserer Währung im gesamten Währungsraum bürgt und die Risikoteilung mit dem Privatsektor erhöht. Das bedeutet die Fertigstellung der Bankenunion und die Beschleunigung der Kapitalmarktunion. **Drittens** in Richtung einer Fiskalunion, die sowohl fiskalische Nachhaltigkeit als auch fiskalische Stabilisierung erbringt. Und **schließlich** in Richtung einer politischen Union als Fundament des Vorstehenden durch echte demokratische Verantwortung, Rechtmäßigkeit und institutionelle Stärkung.“

Eine weitere Herausforderung zur Reorientierung des Finanzsystems in Richtung Realwirtschaft ist die Achtung der planetarischen Grenzen und die Notwendigkeit, die gegenwärtige, auf Nutzung fossiler Brennstoffe und Rohstoffe beruhende Wirtschaft zu einer deutlich effizienteren Nutzung nichterneuerbarer Ressourcen zu bewegen und die Nutzung fossiler Energiequellen bis zum Jahr 2050 ganz abzuschaffen. „Die nachhaltige Entwicklung erfordert Veränderungen im Einsatz und im relativen Wert von Finanzaktiva und in ihrem Verhältnis zur Schaffung, Bewirtschaftung und Produktivität von realem Wohlstand. In einem nachhaltigen Finanzsystem werden somit Finanzaktiva auf eine Art und Weise geschaffen, bewertet und gehandelt, welche den realen Wohlstand so gestaltet, dass er den langfristigen Bedürfnisse einer integrativen, ökologisch nachhaltigen Wirtschaft dient.“

Es werden **zunehmend grüne Anleihen verwendet**; bis Juni 2015 erreichten sie ein Volumen von 66 Mrd. USD, mit bedeutendem Potenzial für weiteres Wachstum.

**Glaubhaft definierte und überwachte grüne Anleihen** werden von einer steigenden Zahl langfristiger Investoren verlangt und aktiv in einer G20 Green Finance Study Group diskutiert. Die Zentralbanken und das Risikoabschätzungsgremium der Europäischen Zentralbank (EZB) warnen vor verlorenen Vermögenswerten im Zusammenhang mit fossilen Energien und weisen auf die Notwendigkeit hin, kontinuierlich aus diesen auszusteigen.

Einführung einer geringfügigen Finanztransaktionssteuer, zumindest auf europäischer Ebene – besser weltweit –, die als Stabilitätselement in den globalen Finanzmärkten dienen soll

Umsetzung stringenterer Fusions- und Übernahmeregungen zur Einschränkung des Potenzials für systemrelevante („too big to fail“) Akteure

Umsetzung eines adäquaten Effizienzniveaus statt Vorkehrungen durch Kapitalisierungserfordernisse

Weitere Stärkung der Transparenzerfordernisse für von Finanzakteuren gehaltene Finanzaktiva gegenüber noch zu entwickelnden längerfristigen Nachhaltigkeitskriterien

Ein Nachdenken über Möglichkeiten zur Einschränkung von Absicherungsgeschäften, insbesondere mit natürlichen Rohstoffen, auf jene Akteure, die diese Rohstoffe tatsächlich für ihre wirtschaftliche Tätigkeit benötigen

Unterstützung der Schaffung glaubhaft definierter grüner Anleihen als Alternative für interessierte Anleger

Erfordernis einer Risikoetikettierung für Finanzprodukte mit Angabe der Risiken der schlimmsten Komponente des entsprechenden Pakets

Vertiefung der Europäischen Währungsunion (EWU), wie im Five Presidents' Report vorgeschlagen

In mehrerer Hinsicht kann die **Fiskalpolitik** ein wesentliches Element in Richtung nachhaltigerer Produktion sein: die öffentlichen Budgets können neue Technologien unmittelbar unterstützen oder aber versuchen, öffentliche/private Investitionen zu hebeln. Die öffentlichen Budgets würden selbstverständlich von der Abschaffung von **Steuerhinterziehungsmöglichkeiten**, die nach Angaben des European Parliamentary Research Service die EU-Mitgliedstaaten jährlich zwischen 50 und 70 Mrd. Euro kosten, profitieren. Die Einspeisungstarife spielen bislang eine wichtige Rolle in der Produktionsentwicklung erneuerbarer Energien. „**Umweltsteuern** sind ein effizientes, marktbasiertes Instrument zur Erreichung umweltpolitischer Ziele und stützen gleichzeitig eine wachstumsfreundliche fiskalische Konsolidierung. Manchen **Mitgliedstaaten ist es gelungen**, auf einen relativ höheren Anteil der Umweltsteuereinkünfte im Verhältnis zu den Gesamtsteuereinnahmen (bis zu rund 10 %) zu kommen und gleichzeitig die fiskalischen Einkünfte aufrechtzuerhalten und die Wettbewerbsfähigkeit und Energieeffizienz zu verbessern. **Das beweist, dass es möglich ist, die Besteuerung innerhalb eines gesunden wirtschaftlichen Rahmens auf umweltschädliche Aktivitäten zu verlagern...** Eine Ergänzungsmaßnahme wäre eine Reform der Subventionen für ineffiziente und

umweltschädliche Aktivitäten, einschließlich der Steuersenkungen für den Verbrauch bzw. die Produktion fossiler Brennstoffe, welche den Effekt der ökologischen Besteuerung abschwächen können. Die Subventionen der Mitgliedstaaten für fossile Brennstoffe beispielsweise summieren sich auf rund 25 Mrd. €“. Wenn eine Verlagerung dieser Subventionssumme in Richtung erneuerbarer Energien möglich wäre, ließe sich der erforderliche Übergang von den fossilen Brennstoffen erheblich beschleunigen.

### **Vom Acker auf die Gabel**

„Jemand sitzt heute im Schatten, weil jemand anders vor langer Zeit einen Baum gepflanzt hat“ – Warren Buffett

#### **FAO-Grundsätze für Nachhaltige Nahrung und Landwirtschaft**

1. Die Effizienzverbesserung im Umgang mit Ressourcen ist für eine nachhaltige Landwirtschaft von entscheidender Bedeutung
2. Nachhaltigkeit erfordert direkte Maßnahmen zur Erhaltung, zum Schutz und zur Verbesserung natürlicher Ressourcen
3. Eine Landwirtschaft, die es nicht schafft, ländliche Existenzgrundlagen, Gerechtigkeit und sozialen Wohlstand zu sichern und zu verbessern, ist nicht nachhaltig
4. Eine stärkere Widerstandsfähigkeit von Menschen, Gemeinden und Ökosystemen ist für eine nachhaltige Landwirtschaft von zentraler Bedeutung
5. Nachhaltige Nahrung und Landwirtschaft erfordert verantwortliche und effektive Führungsmechanismen

In der Agenda 2030 der Vereinten Nationen für Nachhaltige Entwicklung und in jeder nachhaltigen Zukunft spielt die Landwirtschaft eine bedeutende Rolle. Das zweite SDG bezieht sich ausdrücklich auf: Ein Ende der Hungersnot, die Schaffung einer gesicherten Nahrungsmittelversorgung sowie verbesserte Ernährung und die Förderung nachhaltiger Landwirtschaft. Es bestehen auch damit verbundene Ziele im Hinblick auf Wasserqualität, menschenwürdige Arbeitsplätze, Gesundheit, terrestrische Ökosysteme, Wälder, Wüstenbildung, Bodenverschlechterung, Klimawandel und Artenvielfalt.

### **Wie sieht die Landwirtschaft im heutigen Europa aus?**

**Die europäische Agrarpolitik hat die Produktivität immens gesteigert** und die Europäische Union nicht nur zum größtenteils selbstversorgend, sondern sogar zu einem großen Exporteur von Nahrungsmittelprodukten in alle Welt gemacht. Diese **Errungenschaft hatte aber ihren Preis**: Eine anhaltende Reduzierung der Anzahl an Bauernhöfen und dortigen Arbeitsplätzen, die Entwicklung größerer, spezialisierter Produktionseinheiten, die zu Monokulturen mit erheblichen Umweltbelastungen und einer Nahrungsmittelqualität geführt hat, die zunehmend von Verbrauchern in Frage gestellt wird. Laut dem jüngsten Eurobarometer ist ein Drittel der Europäer nicht der Meinung, dass die EU ihre Rolle beim Umweltschutz erfüllt. Trotz einiger Reformprojekte der CAP werden die entsprechenden Finanzmittel immer noch überwiegend in große, intensivlandwirtschaftliche Methoden investiert. Dieses **Muster verstärkt nicht nur soziale Ungleichheiten, sondern auch Umweltprobleme**, Monokulturen und die ländliche Wüstenbildung. Die langfristigen Tendenzen bei der Beschäftigung im Agrarsektor, bei den landwirtschaftlichen Einkommen und bei

wichtigen Umweltindikatoren für die Bodenqualität und der Artenvielfalt sind nach wie vor problembehaftet. Im Rahmen der nächsten mittelfristigen Finanzprognose **könnten bzw. sollten einige Fragen angesprochen werden:**

Sollte mehr für die **Beendigung der Landflucht** getan werden? Die Landwirtschaft kann möglicherweise **bedeutende Beschäftigungsmöglichkeiten** bieten, wenn sie **weniger industriell** angelegt ist. Neue Forschungsergebnisse weisen darauf hin, dass dies keinesfalls eine Reduzierung der Produktion oder erhebliche Preissteigerungen bedeuten würde. Tatsächlich haben praxisnahe Tests eines französischen agroökonomischen Forschungsinstituts ergeben, dass die Halbierung sowohl des Nitrat- als auch des Unkrautbekämpfungsmitelesinsatzes ein um 200 Euro pro Hektar besseres Ergebnis in der Getreideproduktion erbringt, was hauptsächlich auf eine erhöhte Präsenz von natürlichen Bestäubern in einer vielfältigeren Landschaft zurückzuführen ist. Daraus ergibt sich ein **doppelter Nutzen, und zwar für den Ertrag des Bauernhofs und für die Umwelt.**

Eine europäische Politik, die eine mehr arbeitsintensive integrierte Landschaft unterstützen würde, könnte nicht nur zum Ende der Landflucht beitragen, sondern auch zusätzliche Arbeitsplätze in ländlichen Gebieten schaffen, um eine traditionelle Landschaft zu pflegen, qualitative und quantitative Wasser- und Bodenprobleme zu reduzieren und dabei zu helfen, die Artenvielfalt auf landschaftlich genutztem Boden wiederherzustellen. Bei der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze in ländlichen Gegenden geht es nicht nur um Arbeitsplätze auf Bauernhöfen, sondern um die Diversifizierung von Beschäftigungsmöglichkeiten auf dem Lande durch bessere Infrastrukturen (Transport, Energie, Kommunikation, Hochgeschwindigkeits-Internet).

Bei der Planung der nächsten Agrarreform sollte größeres Augenmerk auf die Nachhaltigkeit und die Stärkung der ländlichen Entwicklung statt auf direkte Zahlungen nach Anbaufläche gelegt werden.

**Das wäre ein erster Schritt.**

**Guten Appetit, Europa!**

Die wichtigste Rolle der Landwirtschaft ist die Versorgung mit **Nahrungsmitteln**, die aus gesundheitlichen Gründen **nahrhaft**, aber auch **erschwinglich** sein sollten. Das öffentliche Fact Sheet der Kommission „EU erklärt: Landwirtschaft“ betont, dass eine Durchschnittsfamilie in den meisten EU-Ländern heute rund 15 % ihres monatlichen Einkommens für Nahrungsmittel ausgibt. Dieses Verhältnis ist halb so groß wie im Jahr 1962. Zwar haben die Ausgaben für Nahrungsmittel abgenommen, aber **europäische Verbraucher sind zunehmende beunruhigt bezüglich der Nahrungsmittelqualität** im Hinblick auf Nährwert, Pestizide und Antibiotika. Laut Eurobarometer glaubt mehr als die Hälfte der Europäer, dass die wichtigsten Ziele der EU hinsichtlich Landwirtschaft und ländlicher Entwicklungspolitik sein sollten, dafür Sorge zu tragen, dass die Verbraucherpreise für Nahrungsmittel annehmbar (51 %) und landwirtschaftliche Produkte qualitativ gut, gesund und sicher sind (56 %).

Die Wissenschaft warnt vor gegenwärtigen und künftigen Gesundheitsrisiken wegen der Folgen des Einsatzes von Pestiziden und der Resistenz gegenüber Antibiotika, die sich durch den Verzehr von Fleisch und Fisch aufgebaut hat. Dies ist unmittelbar mit dem gegenwärtigen, intensiven Modell der industriellen Tierhaltung verbunden.

Nach den Schlussfolgerungen des Europarats aus dem Jahr 2014 wird anerkannt, dass „Übergewicht und Fettleibigkeit beträchtliche Auswirkungen im Hinblick auf menschliches Leiden haben, dass **soziale Ungleichheiten** ein besonders wichtiger Faktor sind, dass Bürgerinnen und Bürger in jedem Jahr ihr Leben verlieren durch Erkrankungen, die aus ungesunder Ernährung und Bewegungsmangel entstehen; dass es sich um eine **Wirtschaftslast** handelt, da jedes Jahr **bis zu 7 % der EU-Gesundheitsbudgets** für Krankheiten ausgegeben werden, die mit Fettleibigkeit verbunden sind, und weitere indirekte Kosten durch Produktionsverluste wegen Gesundheitsproblemen und frühzeitigem Sterbens entstehen.“ In der heutigen EU beziehen sich **6 von 7 der wichtigsten Risikofaktoren für frühzeitigen Tod** – und zwar Blutdruck, Cholesterin, Body-Mass-Index, ungenügender Verzehr von Obst und Gemüse, Bewegungsmangel und Alkoholmissbrauch – darauf, wie wir essen, trinken und uns bewegen.

Bei einer gesunden Auswahl geht es darum, **dafür Sorge zu tragen, dass es gesunde Auswahlmöglichkeiten** für den Konsumenten gibt: die von der Kommission im Jahr 2007 eingeführte Strategie für Ernährung, Übergewicht und Adipositas zusammenhängende Gesundheitsfragen weist auf die wichtige Rolle der gemeinsamen Landwirtschaftspolitik (Common Agricultural Policy – CAP) in der Nahrungsmittelherstellung und der Versorgung in der EU hin. Auch die jüngsten öffentlichen Diskussionen über die europäische Landwirtschaft, insbesondere das vom Landwirtschaftssektor und der Agrochemiebranche organisierte Forum für die Zukunft der Landwirtschaft vom März 2016, konzentrieren sich in der landwirtschaftlichen Debatte auf Nahrungsmittel, Gesundheit, Auswirkungen auf Umwelt/Klima und Wahrnehmung der Verbraucher. Es handelt sich hier um Schlüsselemente, die mit gleichem Status in die nächste Reform der Gemeinsamen Landwirtschaftspolitik zu integrieren sind.

Das Fact-Sheet der Kommission enthält auch den Hinweis, dass „**viele EU-Konsumenten lokale oder regionale Produkte vorziehen**, wenn diese erhältlich sind. Daher verkaufen die **Bauern zunehmend direkt** an die Verbraucher auf Bauernmärkten und verarbeiten ihre eigenen Produkte zur Schaffung eines lokalen Mehrwerts.“ Diese Tendenz sollte nicht unterschätzt werden und könnte ein Schlüsselement zur Wiederherstellung der Gemeinsamen Agrarpolitik im Hinblick auf ihre erste Funktion sein: die **Erträge der Bauernhöfe zu steigern** und die europäischen Bürgerinnen und Bürger mit **qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln** zu versorgen. Das Eurobarometer betont, dass die Mehrheit der Europäer zwei Prioritäten als „sehr wichtig“ betrachtet, und zwar Investitionen in ländlichen Gebieten, um Wirtschaftswachstum anzukurbeln und Arbeitsplätze zu schaffen (47 %), und die Rolle des Bauern in der Nahrungsmittelkette zu stärken (45 %).

## **Was für ein toller Ausblick! Was für eine Landschaft!**

Rund die  **Hälfte der EU-Fläche dient der Landwirtschaft**: Landwirtschaft und Umwelt sind gegenseitig wichtig. Es gibt jedoch ernsthafte Besorgnisse über die Auswirkungen der gegenwärtigen landwirtschaftlichen Produktionsmethoden auf die Umwelt. Die großangelegte Tierproduktion führt zu großen Mengen an Dünger, welche die Ernteproduktion zumindest auf lokaler Ebene nicht aufnehmen kann. Dies führt zu einer ungesunden Stickstoffkonzentration in den Gewässeroberflächen der wichtigsten Produktionsgebiete. Wissenschaftliche Studien belegen, dass das

Denitrifikationsvermögen der Böden rapide abnimmt, was zur einer Stickstoffbelastung auch der Grundwasserreserven führen würde. All dies spricht für einen Produktionsprozess mit weniger Tieren je Hektar. Vergleichbare Probleme bestehen in der intensiven Fischzucht und in der intensiven Landwirtschaft überhaupt. Die Zahl an Verstößen und Gerichtsverfahren gegen Mitgliedstaaten wegen Übertretung der Stickstoff- und Wasserrahmenrichtlinien verdeutlicht, dass die intensive Landwirtschaft die Umwelt belastet.

**Große Monokulturen** beeinträchtigen die Artenvielfalt bis zu dem Punkt, an dem die natürlichen Bestäuber ernsthaft bedroht sind. Den Bienenvölkern geht es heute anscheinend in städtischen oder sogar Industriegebieten wie Airbus-Produktionsstandorte in Hamburg und Toulouse besser als in intensiv bewirtschafteten Agrargebieten mit Monokulturen.

### **Der Wert von Dienstleistungen aus der Natur: Ökosystemdienstleistungen**

Das menschliche Wohlergehen, aber auch menschliche Aktivitäten insgesamt – sei es im Freizeit- oder im Wirtschaftsbereich – hängt von dem **natürlichen Kapital** ab, das für lebenswichtige Dinge wie fruchtbare Böden, frisches Wasser, Bestäubung, natürlichen Überflutungsschutz und Klimaregulierung sorgt. Wir sind abhängig von gesunden Ökosystemen, um eine Reihe lebenswichtiger Dienstleistungen wie Nahrungsmittel, Trinkwasser, saubere Luft und Erholung auch in der Zukunft haben zu können. Die Wichtigkeit dieses „natürlichen Kapitals“ – Güter, die kostenlos von der Natur gewährt werden – **wird** in der Landwirtschaft **immer noch unterschätzt**. Diese kostenlos von der Natur erbrachten Dienste werden als selbstverständlich angesehen, obwohl es sich dabei um Wirtschaftsgüter handelt, die für das menschliche Leben unverzichtbar sind: die Kosten, die durch die Nutzung dieser Dienste eingespart werden, sind immens. Die Geschäftswelt befasst sich aktiv mit der Ermittlung von Best-Practice-Richtlinien und verfügbaren Instrumenten zur Unterlegung informierter Geschäftsentscheidungen im Zusammenhang mit der Entwicklung von Bilanzierungssystemen für das natürliche Kapital.

### **Das natürliche Kapital zählt!**

Ein weiteres Beispiel sind die Kosten (bzw. der Wert!) der Bestäubung für die Nahrungsmittelproduktion (beispielsweise Feldfrüchte und Obst): Der **wirtschaftliche Wert der Bestäubung durch Insekten in der EU** beträgt mehr als **14 Mrd. € pro Jahr**. **Weltweit** schätzt die Wissenschaft, dass 5-8 Prozent der **globalen Nahrungsmittelproduktion unmittelbar** mit tierischer Bestäubung verbunden sind, die **weltweit einen jährlichen Marktwert von 235 – 577 Mrd. (2015, US\$)** hat. Es gilt als nachgewiesen, dass die Bestäubung durch Insekten die Menge und Qualität der Produktion dramatisch beeinflusst (Äpfel und Blaubeeren): **50 %** des **Produktionswertes** und über 50 % der Erträge dieser Produkte sind auf Bestäuber angewiesen. Allgemeine Maßnahmen zur Sicherstellung der **Erhaltung** bestäubender Insekten (wie die Minimierung schädlicher Pestizide und die Sicherung eines adäquaten Niveaus an Kulturpflanzenvielfalt für den Ernährungsbedarf dieser Insekten) sind daher von lebenswichtiger Bedeutung. Die **Kommission muss also „5örmig“ denken, wenn sie die Gemeinsame Agrarpolitik neu definiert**.

Die Kommission und die Europäische Umweltagentur haben wissenschaftliche Kenntnisse in der **Kartierung und Beurteilung der Ökodienstleistungen** entwickelt.

Sie zeigen eindeutig, dass ein Preis für den Missbrauch dieser natürlichen Dienste zu zahlen ist. Die Kosten für die Sanierung der Böden Chinas entsprechen einer Billion US\$. Auch in Europa besteht eine Überbeanspruchung der **Böden**, die oft mit immer raffinierteren Industriedüngern behandelt wird, sodass der finanzielle Druck auf die Bauern zur Produktionssteigerung immer größer wird. Das ist ein Teufelskreis, der zahlreiche Bauern dazu gebracht hat, ganz aus ihrem Geschäft auszusteigen und stattdessen auf traditionellere Praktiken der Fruchtfolge zurückzukehren. Manche gegenwärtigen Landwirtschaftspraktiken können auch zur Bodenerosion und zu verringerten Wasserspeicherungskapazitäten führen. Die jüngsten **Überschwemmungen** in Bayern sind auf die schnelle Steigerung der Maisproduktion und einen entsprechenden Verlust der Wasserspeicherungskapazität von gepflügtem Boden zurückzuführen. In großen Teilen Europas hat die Bewässerung von Kulturen mit hohem Wasserbedarf wie Reis, Baumwolle, Zuckerrüben und Mais die Wasserreserven erheblich geschwächt. Die **Klimawandelmodellierung** weist auf regionale Erwärmung besonders im Mittelmeerbereich Europas hin; dadurch wird die bereits bestehende Knappheit der Wasserreserven in diesen Gebieten noch weiter verstärkt. Die **Wasserpreisgestaltung** ist eine entscheidende Frage bei der Schnelligkeit der Einführung neuer Anbaukulturen.

Die **Ökosystemdienste** sollten Bestandteil einer nachhaltigen europäischen **Landwirtschaft** werden, indem „**grüne Infrastrukturen**“ zur Bekämpfung von Überschwemmungen, Klimawandel und Bodenerosion eingesetzt werden. Gleichermäßen können begrünte Mauern und Dächer in städtischen Gebieten dazu beitragen, CO<sub>2</sub>-Emissionen abzubauen, die Luftqualität zu verbessern, den Niederschlagsabfluss zu reduzieren und die Energieeffizienz zu erhöhen. **Investitionen in grüne Infrastrukturen** sind generell durch eine **hohe Rendite im Zeitablauf** geprägt; sie schaffen Arbeitsplätze und können eine kosteneffektive Alternative zur „grauen“ Infrastruktur darstellen. Sie dienen den Interessen sowohl der Menschen als auch der Natur und sind deswegen auch eine nachhaltige Alternative, die im Rahmen der **gesamten Finanzinstrumente der Kommission** (beispielsweise EFSI) **unterstützt** werden sollte. Das **BIP** vermittelt nur eine beschränkte Darstellung des Wohlstands eines Landes. Dies gilt insbesondere auch für landwirtschaftliche Aktivitäten, bei denen nicht nur der positive Beitrag der Natur, wie die Bestäubung, vernachlässigt wird, sondern auch der Verlust von natürlichem Kapital durch menschliche Aktivitäten, wie die Bodenerosion. Dies bestätigt die Notwendigkeit, unsere **Wohlstandsindikatoren anzupassen** und **EUROSTAT mit entsprechenden Befugnissen** auszustatten.

## **Medizinmann**

Die Rückführung der ländlichen Entwicklungs- und Agrarpolitik zu **Gesundheit und Umwelt** ist aus wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Sicht unerlässlich. Die Verbindung Wirtschaft/Gesundheit/Umwelt wird im jüngsten Bericht der UNEP „gesunde Umwelt, gesunde Menschen“ hervorgehoben. Es bestehen gesicherte wissenschaftliche und praxisbezogene Beweise dafür, dass **die Natur dazu beitragen kann, die gesundheitlichen Herausforderungen der EU-Bürger zu lösen** – vom Zugang zu Natura-2000- und anderen Schutzgebieten bis hin zu Investitionen in eine breitere, grüne Infrastruktur. Ein mehr ganzheitlicher Ansatz in der EU-Politik in Bezug auf diese Themen könnte Ergebnisse erbringen. Außerdem besteht Potenzial in Form der Natural Capital Finance Facility (NCFF) der Europäischen Investitionsbank (EIB)

zur Integration von Gesundheit-Sozialwesen-Natur-Fragen in die Ziele und Auswahlwahlkriterien für in Frage kommende Investitionen. Ein potenzielles Transeuropäisches Netzwerk für Grüne Infrastruktur bietet eine interessante Lösung.



## Die Möglichkeiten der Natur

Die **Landflucht** ist eine der Ursachen der kontinuierlichen Schaffung weiterer Stadtrandgebiete im Wettbewerb mit dem Agrarlandbedarf. Oftmals sind **qualitativ hochwertige Ländereien** betroffen, da städtische Siedlungen historisch in fruchtbaren landwirtschaftlichen Gebieten entstanden sind. Der Verschlechterung der Bodenqualität sowie der Fragmentierung und unnachhaltigen Bodennutzung muss ein Ende gesetzt werden, und zwar durch die Einführung eines politischen Ansatzes **„keiner Nettoverluste“**, **aufbauend auf neuen wirtschaftlichen Möglichkeiten zur Sanierung von Bodenbelastungen** mit dem Ziel, ein bodenverschlechterungsneutrales Europa zu schaffen.

Die Innovation bei der Nutzung von **Hölzern** als Baustoffe, als Grundfaser oder als erneuerbaren Brennstoff wird die europäischen Wälder weiter belasten. Dies könnte sich als problematisch erweisen, nicht nur für die waldbezogene biologische Artenvielfalt und die Wasserwirtschaft, sondern auch den Klimawandel negativ beeinflussen, weil damit die Fähigkeit der Wälder zur Absorption von CO<sub>2</sub> reduziert würde. Die nachhaltige Nutzung dieser erneuerbaren Ressource hingegen bietet beträchtliches Potenzial für wirtschaftliche Aktivitäten, sofern die Regeln zur nachhaltigen Nutzung klar festgelegt sind. Der allgemeine Trend eines stärkeren Rückgriffs auf erneuerbare Ressourcen für unseren künftigen Materialbedarf könnte bewirken, dass sich waldbezogene wirtschaftliche Tätigkeiten als echter Gewinner bei ländlichen Arbeitsplätzen und Einkommen entpuppen.

Der Schutz von **Feuchtgebieten** bleibt eine Herausforderung, weil sie echte gemeinsame Güter im Sinne der Artenvielfalt und des Klimawandels sind, ohne jedoch ihren Eigentümern einen unmittelbaren Wert zu erbringen. Zahlungen für Ökodienste könnten eine reale Verbesserung schaffen, indem die CAP-Zahlungen zum Schutz tragbarer Feuchtgebiete auf Bauernhöfen verstärkt werden.

## Eine andere gemeinsame Agrarpolitik unter Gleichstellung von Menschen, Umwelt und Erträgen

Auf **sozialer Ebene** besteht ein **hohes Maß an Unzufriedenheit** unter den Bauern: Die Europäische Union hat 12 Mio. Bauern, wobei die allermeisten Bauernhöfe relativ klein sind. Der durchschnittliche EU-Bauer besitzt nur 12 Hektar Land (was etwas 20 Fußballplätzen entspricht), und 70 % der Bauernhöfe sind keine fünf Hektar groß. Nach dem allgemeinen Muster hat **ein hoher Anteil der Bauernhöfe ein relativ geringes Einkommen je Arbeiter**, während ein kleiner Anteil ein sehr hohes Einkommen je Arbeiter verzeichnet. Es ist ein Sektor mit **großen Ungleichheiten**.

**Demonstrationen** von Bauern in Brüssel und in den Mitgliedstaaten werden inzwischen mit Gleichgültigkeit wahrgenommen, aber das muss nicht immer so bleiben. Die Gemeinsame Agrarpolitik ist komplex – sie befindet sich an der Schnittstelle dessen, **was uns am Leben erhält: Nahrungsmittel, biologische Vielfalt, Luft, Wasser. Diese Themen sollten bei der Festlegung der Agrarpolitik von morgen im Mittelpunkt stehen.**

## **„Wir verpflichten uns dazu, grundlegende Änderungen dabei herbeizuführen, wie unsere Gesellschaften Nahrungsmittel und Dienstleistungen produzieren und konsumieren.“**

Die **EU und die Mitgliedstaaten haben sich in den SDG zu einer nachhaltigen Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion verpflichtet**. Die erforderlichen Änderungen müssen bei der EU zu einem Umdenken in der Gemeinsamen Agrarpolitik führen, mit einer langfristigen und integrativen Vision: integrativ hinsichtlich der Menschen, die produzieren und derjenigen, die konsumieren, und integrativ hinsichtlich des Bodens, auf dem Nahrungsmittel angebaut werden. Durch die jüngsten Reformen ist ein umfassenderer Ansatz zustande gekommen, aber noch nicht im erforderlichen Ausmaß. Die OECD legt folgende Kriterien für einen **integrierten Ansatz** fest: „ein umfassender Ansatz zur verbesserten Kohärenz mit anderen politischen Entwicklungen (volkswirtschaftlich, im Handel, im Sozialbereich und in der Ökologie) und zur Reduzierung von Hemmnissen für eine strukturelle Anpassung wird in den meisten Ländern wirksamer sein als eine marginale Feinjustierung der bestehenden Agrarpolitik. Eine derartige Reorientierung verlangt eine klare Vision des Endpunkts aller politischen Reformen auf nationaler und internationaler Ebene... Dem **breiteren strukturellen Umfeld, in dem der Sektor tätig ist, sollte erhöhtes Augenmerk geschenkt werden**; die Agrarpolitik ist zwar sehr wichtig, aber die breiter angelegte Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik spielt ebenfalls eine wichtige Rolle.“

Im Finanzierungszeitraum 2014-2020 des neuen Direktzahlungsplans der Gemeinsamen Agrarpolitik sind 30 % aller Direktzahlungen von der Erfüllung von Greening-Erfordernissen abhängig. Nach der Reform von 2013 müssen Bauern einige für die Umwelt nachhaltige Landwirtschaftsmethoden anwenden, wenn sie ihren Anspruch auf einkommensunterstützende Zahlungen vollständig erhalten wollen. Dies ist zwar positiv, aber es gibt Fragen zur Umsetzung und zum effektiven Ambitionsniveau. Die Kommission erkennt auch an, dass eine gründliche Abschätzung der Folgen auf die Umweltbilanz der EU-Landwirtschaft durch das grüne Direktzahlungssystem noch nicht zu Ende gebracht werden kann, besonders weil sich positive Auswirkungen auf die Umwelt generell erst nach mehr als einem Jahr manifestieren.

Die Überprüfung des Multi Annual Financial Framework (MFF) bietet eine Möglichkeit zu eruieren, ob die Ländlichen Entwicklungsprogramme und das Greening der Gemeinsamen Agrarpolitik die erwarteten Ergebnisse liefern.

## **Die Bauern und Mitgliedstaaten haben sich bereits auf den Agrarwandel verständigt – Wir wollen Lebensmittel anders produzieren!**

Die **Bodenfläche mit biologischem Anbau** hat sich in den letzten Jahren (2002-2011) **bedeutend vergrößert**.

In zehn Jahren hat die **gesamte umgewandelte bzw. noch in der Umwandlung befindliche Fläche** von schätzungsweise 5,7 Mio. Hektar auf rund 9,6 Mio. Hektar (+6 % pro Jahr) für die EU-27 zugenommen. Im gleichen Zeitraum betrug die gesamte Bio-Anbaufläche im Jahr 2011 schätzungsweise 5,4 % der gesamten genutzten Agrarfläche (2002: 3,1 %). Bei der Analyse der **Anzahl an Biolandflächen** im Vergleich zur gesamten EU-Agrarfläche ist ein **abweichender Trend** zu beobachten.

Gemäß den verfügbaren Eurostat-Daten **nimmt die Zahl der Bio-Bauernhöfe zu, während bei den konventionellen Landwirtschaftsflächen in den EU-27 eine Konsolidierung** festzustellen ist. Der gleiche Trend ist bei Arbeitseinheiten in der Bio-Landwirtschaft gegenüber den Arbeitskräften von Nichtbiohöfen zu beobachten.

Frankreich hat ein innovatives Regelwerk zur integrierten Nutzung von Ressourcen und natürlichen Lösungen gestartet, um aus ökologischer, wirtschaftlicher und sozialer Sicht besser zu produzieren. Dieser Ansatz beruht auf einer **Agro-Ökologie**, die auf den **natürlichen Synergien** zwischen Pflanzen, Tieren, Menschen und ihrer Umwelt aufbaut. Die Agro-Ökologie bringt die 3 Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung zurück in die Landwirtschaft: Aufrechterhaltung der Agrarproduktion; Schutz gesunder Umweltgebiete und Unterstützung lebensfähiger Nahrungsmittel- und Landwirtschaftsgemeinschaften. Zwar baut die Agro-Ökologie auch auf Innovationen auf; dies geschieht jedoch auf eine integrative Art und Weise, beispielsweise durch soziale Innovationen, andere Produktionsmethoden und neue Geschäftsmodelle. Die Agro-Ökologie ist extrem **wissensintensiv** und beruht auf Techniken und Methoden, die aufgrund der Kenntnisse und Experimente von Bauern entwickelt wurden. Die Agro-Ökologie ist wirtschaftlich machbar für diejenigen, die sich für eine Transformation ihrer Produktionsmethoden entscheiden, um die Kontrolle zu behalten, statt sich auf Unternehmen zur Lieferung von Saat und Einsatzgütern zu verlassen. Dies trägt auch zur Bekämpfung des Klimawandels und zur Verbesserung der Nahrungsmittelqualität bei. In einer Debatte über einen Wandel der Gemeinsamen Agrarpolitik verdient dieser Ansatz volle Aufmerksamkeit.

„**Präzisionslandwirtschaft**“ ist eine weitere innovative Art zum Ausgleich der gegenwärtigen Defizite der Intensivlandwirtschaft. Sie verwendet technologische Innovationen wie GPS, Satelliten und Software, um Bauern dabei zu unterstützen, eine präzise Menge an Einbringungen / Pestiziden / Antibiotika / Wasser zu verteilen. Die Produktivität ist zwar noch der Hauptzweck, jedoch mit gezielteren Einbringungen. **Dennoch** werden damit die Voraussetzungen für den Aufbau eines integrierteren landwirtschaftlichen Systems mit gesundem Bodenökosystem und einem gesunden Arbeitsumfeld für Bauern, die wirtschaftlich weniger von externen Einbringungen abhängig sind, **nicht erfüllt**.

## **Ein Projekt für nachhaltigere Anbaumethoden für Durum-Weizen aufgrund von Fruchtwechsel.**

Damit werden Reduzierungen bei Treibhausgasemissionen und Produktionskosten von bis zu 30 % und Ertragssteigerungen von 20 % erzielt.

## **Urbane Landwirtschaft: Mehr als im Hinterhof herumgärtnern**

Die urbane Landwirtschaft nimmt in allen Teilen Europas und sogar in US-amerikanischen Großstädten zu. Sie hat soziale, wirtschaftliche und ökologische Vorteile. Die **landwirtschaftliche Produktion in städtischen Nachbarschaften** ist nicht mehr nur durch Erzählungen belegt: Eine in Frankreich durchgeführte Fallstudie kam zum Ergebnis, dass es möglich ist, auf einer kleinen, meistens von Hand kultivierten Anbaufläche einen bedeutenden Ertrag zu realisieren und **genug Gewinn damit zu erwirtschaften, um ein adäquates Einkommen** für jemanden zu sichern, der sich der Landwirtschaft verschrieben hat. Über die Entwicklung landwirtschaftlicher Ökosysteme in städtischen Ballungsräumen mit der Zielsetzung der Selbstversorgung

und der Nachhaltigkeit lohnt es sich, im Zusammenhang mit dem Wandel der europäischen Landwirtschaft nachzudenken, nicht nur als Antwort auf Angebot und Nachfrage, sondern auch, weil sie lokale Arbeitsplätze schafft. „**Solidarische Landwirtschaft (Community-supported agriculture – CSA)** ist in mehreren Mitgliedstaaten ein expandierendes städtisches Landwirtschaftsmodell.

Die Bürgerinnen und Bürger Europas sollten alle das **Recht auf qualitativ hochwertige Nahrungsmittel** haben, die unter Berücksichtigung ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Aspekte erzeugt wurden. Es gibt viele erfolgreiche Beispiele für eine nachhaltigere Produktionsweise: eine Lebensmittelproduktion, die Arbeitsplätze schafft, wirtschaftlich profitabel ist und Nahrungsmittel liefert, die für Mensch und Natur gesund sind.

## Die Welt ernähren?

Die Europäische Union muss auch ihren Platz in der **Weltwirtschaft** überdenken: Muss die EU bei einem demografischen Wachstum, das hauptsächlich außerhalb Europas stattfindet, unbedingt die Welt ernähren? Ist der globale Preiswettbewerb bei wichtigen Anbaukulturen vereinbar mit nachhaltig erwirtschafteten Agrarerträgen in der EU? Andererseits fördern wir enorme Investitionen in der lokalen Nahrungsmittelproduktion in Asien, Afrika und Lateinamerika. Die **Stärkung der inländischen Nahrungsmittelproduktion der Entwicklungsländer ist international anerkannt** und in den SDG bestätigt. **Welche längerfristige Exportleistung der EU ist mit dieser Zielsetzung vereinbar?** Heute exportiert die EU hauptsächlich verarbeitete Nahrungsmittel und ist zu einem großen Importeur von Grundnahrungsmitteln, auch von einer ganzen Reihe von Partnern unter den Entwicklungsländern, geworden. Die europäischen Lebensmitteltechnologien und die Qualität und Vielfalt an verarbeiteten Nahrungsmitteln bleiben nach wie vor ein starkes Plus der europäischen Wirtschaft. Diesen Vorteil gilt es angesichts erhöhter Mengen an Pestiziden und antibiotischen Belastungen der Nahrungsmittelqualität ordnungsgemäß zu sichern, mit dem Ziel, Qualität und Nährwert zu verbessern, anstatt höhere Erträge auf Kosten verschlechterter Nährwerte zu erwirtschaften.

Die jüngsten Daten vom Juni 2016 melden einen „**Rekordwert bei der EU-Handelsbilanz für Agrar-Nahrungsmittel** im April 2016 in Höhe von 1,5 Mrd. €, im Vergleich zu 1 Mrd. € im April 2015. In den letzten 12 Monaten erreichten die Exporte von Agrar-Nahrungsmitteln der EU einen Wert von fast 129 Mrd. €, was einer Steigerung um 2,8 % im Vorjahresvergleich entspricht.“ Im April war **Schweinefleisch** das Agrar-Nahrungsmittel mit der **größten Steigerung** der monatlichen Exportwerte. Während das im Sinne der Handelsbilanz sicherlich eine gute Nachricht ist, sollte sie im allgemeineren Zusammenhang der Schweinefleischproduktion in der EU betrachtet werden: Eine hohe Konzentration an Vieh auf hoch spezialisierten Bauernhöfen, die mit Gasemissionen und großen Mengen an Abwasser/Gülle Klima, Boden und Wasser belasten und minimale Beschäftigungseffekte erzeugen.

Einen Gesundheitscheck der Gemeinsamen Agrarpolitik durchführen; den Trend zur Überspezialisierung auf eine einzige landwirtschaftliche Aktivität umkehren; die integrierte Landwirtschaft fördern als Mittel, Agrarerträge angesichts von Schwankungen der Weltmarktpreise zu sichern; Qualität über Quantität stellen und eine nachhaltige Nutzung erneuerbarer Ressourcen an Land und auf See anstreben; ein stärkeres Bewusstsein für

gesundheitsbezogene Ernährung bei Verbrauchern entwickeln und die Produzenten in die gleiche Richtung lenken; aufbauend auf der Arbeit der Kommission für Innovation eine strategischere Nutzung öffentlicher Beschaffungsregeln durch die Mitgliedstaaten fördern (Horizont-2020-Unterstützung vor-kommerzieller Beschaffung und innovative Lösungen in der öffentlichen Beschaffungspolitik).

Es gibt erfolgreiche lokale Beispiele für den Kantinenbetrieb in Schulen, integriert vom Bauernhof bis auf den Tisch, wobei durch stabile Nachfrage lokale und stabile Arbeitsplätze geschaffen und die Mehrkosten der Bio-Landwirtschaft und der Landarbeiter von den Einsparungen, die sich in der Abfallwirtschaft und durch die richtige Angebotsmenge ergeben, abgedeckt werden.

## Welche Rolle hat der internationale Handel?

Präsident Juncker sagte kürzlich: *«Pour nous, Européens, **le commerce n'est pas seulement une affaire de répartir des avantages économiques**; c'est aussi une affaire de valeurs, une affaire de principes fondamentaux, qu'il faut défendre chez soi et ailleurs. Et nous n'hésitons pas à utiliser notre politique commerciale pour promouvoir le respect de normes internationales fondamentales: droits de l'homme, droits des travailleurs, protection de l'environnement, bonne gouvernance, ou bien encore une plus grande responsabilité en matière de chaînes d'approvisionnement mondiales»*. [„Für uns als Europäer geht es beim Handel nicht nur um die Verteilung wirtschaftlicher Vorteile; es geht auch um Werte, grundlegende Prinzipien, die zu Hause und auswärts verteidigt werden müssen. Und wir zögern nicht, unsere Handelspolitik dafür einzusetzen, dass grundlegende internationale Normen respektiert werden: die Menschenrechte, die Rechte der Arbeitnehmer, der Schutz der Umwelt, eine gute Regierungsführung, oder auch eine größere Verantwortlichkeit bei den weltweiten Lieferketten.“]

Dies ist in der Tat ein wichtiges Merkmal der Handelspolitik, aber ein **Beitrag zur Wachstumsförderung in den Entwicklungsländern** und die Förderung internationaler Standards im Ausland sind lediglich eine Seite der Medaille. Die vollkommene Integration der jeweiligen inländischen EU-Politik bei der Gestaltung der Handelspolitik ist Bestandteil der Formel: Wie integrieren wir die wirtschaftlichen, sozialen oder ökologischen Auswirkungen in die Konzeption der Handelspolitik, und wie passt der Handel in die Kreislaufwirtschaft, die Minimierung des Klimawandels und die Anpassungsmaßnahmen, den Erhalt der Artenvielfalt, die soziale Verantwortung von Unternehmen etc.

Die Handelspolitik bietet beträchtliche Chancen für den Export nachhaltiger Produkte und Dienstleistungen.

### **Bei der Festlegung der Handelspolitik werden Nachhaltigkeitskonzepte gründlicher zur Anwendung kommen müssen.**

Durch den Handel bestimmte Wachstums- und Entwicklungsstrategien, die in der Vergangenheit in einer Reihe von kleinen und mittleren Entwicklungsländern erfolgreich umgesetzt wurden, werden ihre Grenzen erreichen, wenn sie von den

großen aufstrebenden Ländern verfolgt werden, weil einfach die globale Nachfrage fehlt. Es wird eine größere Betonung auf die Entwicklung einer robusten Binnennachfrage gelegt werden müssen, wie in den entwickelten Märkten auf diesem Planeten. Dies **spricht überhaupt nicht für abgeschottete Märkte**, sondern für die Notwendigkeit, eine inländische Politik mit dem Ziel zu verfolgen, die Armut zu bekämpfen und die Binnennachfrage parallel zu einem Handels- und Investitionssystem mit offenen Regeln zu stärken. Die Arbeit der OECD hat einen überzeugenden Nachweis dafür erbracht, dass wenige Herausforderungen größere Hürden für eine verbesserte Wirtschaftsleistung darstellen als die Zunahme der Ungleichheit. Es besteht ein reales Risiko der Entstehung eines Teufelskreises, wobei Personen mit weniger Fähigkeiten und schlechterem Zugang zu Chancen gezwungen sind, gefährliche Arbeiten mit geringer Produktivität und in der Schattenwirtschaft durchzuführen. Dies reduziert die Gesamtproduktivität, fördert die Ungleichheit und unterminiert letztendlich politische Bemühungen zur Stärkung von Produktivität und Wachstum. Die wirksame Bekämpfung der Armut würde deswegen höhere Investitionen in bessere **Fähigkeiten** und ein unterstützendes Umfeld für alle Unternehmen erfordern, damit diese sich auch in unterstrukturierten Regionen entwickeln können. Die EU selbst ist ein gutes Beispiel dafür, wie ein großer Markt in Verbindung mit regionalen und sozialen politischen Ansätzen zur Unterstützung der Fähigkeiten seiner Bevölkerung Wachstum geschafft und erhebliche Ungleichheiten unter seinen Mitgliedstaaten überwunden hat.

Die gegenwärtige Erfahrung mit einer hohen Anzahl an Flüchtlingen, die Schutz und ein besseres Leben in der EU suchen, ist gleichzeitig eine starke Erinnerung, dass die EU ein klareres Interesse für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in ihrer Nachbarschaft auf der Grundlage von Frieden, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie entwickeln muss. **In dieser Hinsicht war der Handel bestrebt, durch das Angebot eines bevorzugten Marktzugangs eine Rolle zu spielen, jedoch nur mit begrenztem Erfolg.** Der Zugang allein hat nicht zur erwarteten Investition in stärker diversifizierte wirtschaftliche Aktivitäten in unseren Partnerländern, namentlich in Afrika, geführt. Die jüngste Erweiterung des freien Handels in die Entwicklungsländer unterminiert die Fähigkeit des Handels, Unternehmensgründungen in schwächer entwickelten Ländern durch das Angebot eines bevorzugten Marktzugangs vorzunehmen. Die Konzentration auf sich entwickelnde regionale Märkte in den Entwicklungsländern als Sprungbrett für die Wettbewerbsfähigkeit scheint notwendiger denn je. Und **Führungsfragen** treten als wichtige Punkte zur Berücksichtigung für potenzielle Investoren, ob im Inland oder im Ausland, in den Vordergrund.

Auch fußabdruckbasierte Analyse- und Wahrnehmungsaktionen für Verbraucher über ökologische Auswirkungen würden die Zielsetzung der Erreichung nachhaltiger politischer Ansätze verfehlen, wenn soziale und wirtschaftliche **Auswirkungen nicht gleichermaßen beurteilt** werden.

Eine Reduzierung der EU-Importe führt nicht automatisch dazu, dass die Entwicklungsländer den Zugang zu einem größeren Anteil der knappen Ressourcen auf dem Planeten erlangen. Der kürzliche Preisrückgang für fossile Brennstoffe und Rohstoffe stellt eine ernsthafte Bedrohung für das Wachstumspotenzial einer großen Anzahl von Entwicklungsländern dar. Laut Forschungsergebnissen der Weltbank haben die geringere globale Nachfrage und der damit verbundene Rohstoffpreisverfall den Aufholprozess der aufstrebenden Märkte im Wettkampf mit den Einkommen der Entwicklungsländer um Jahrzehnte zurückversetzt. Kontinuierliches Wachstum ist und bleibt auch das beste Mittel gegen die Armut, aber **dieses Wachstum muss eine**

**allmähliche Qualitätsveränderung erfahren** durch verbesserte Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaftskonzepte bei weniger Abhängigkeit von Rohstoffen und stärkerer Konzentration auf die Wertschöpfung am Binnenmarkt. Entsprechend dem Pariser Abkommen über den Klimawandel muss der schrittweise Verzicht auf fossile Brennstoffe in der Perspektive für 2050 auch von einer Handelsperspektive aus angesprochen werden.

Die Handelspolitik muss zu einer Reduzierung globaler Ungleichheiten beitragen und ein qualitativ anderes Wachstum schaffen, das integrativere Sozialleistungen erbringt und trotzdem innerhalb der ökologischen Grenzen unseres Planeten bleibt.

Dies kann in Form weiterer Nachhaltigkeitsbescheinigungssysteme oder Fair-Trade-Marken geschehen.

Die Handelspolitiker werden ihr Mantra über ähnliche Produkte im multilateralen Handelssystem möglicherweise überdenken müssen.

Die EU ist eines der wichtigsten und aktivsten Mitglieder der Welthandelsorganisation (WTO) und spielt eine konstruktive Rolle dabei, innovative und zukunftsorientierte gemeinsame Regeln für den Welthandel, einschließlich der Landwirtschaft, zu entwickeln. Deswegen **sollte die Kommission die Diskussion über den nachhaltigen Handel bei der Welthandelsorganisation anstoßen**. Das bedeutet mehr als nur eine Zollsenkung für Umweltgüter auszuhandeln. Seit Jahren schon verlaufen die Handelsverhandlungen parallel mit anderen Verhandlungen, namentlich über Klimawandel und nachhaltige Entwicklung. Bei der Agenda Nachhaltigkeit 2030 **wird es Zeit, die Handelspolitik in Verbindung mit weiteren internationalen Themen zu analysieren**. Die Mitglieder der WTO müssen mit den unterschiedlichen internationalen Foren konsistent sein, und die EU uneingeschränkt dabei sein.

## Le Grand Bleu

Für die Ozeane gilt ein separates Ziel der nachhaltigen Entwicklung, SDG 14, wegen ihrer immensen Bedeutung für den Lebensunterhalt von Millionen von Menschen in Industrie- und in Entwicklungsländern.

Die **Seefischproduktion** beläuft sich auf ca. 120 Mio. Tonnen; davon sind 80 Mio. Tonnen Fangfisch und 40 Mio. Tonnen Zuchtfisch. Drei Milliarden Menschen sind von Fisch als Quelle ihrer Aufnahme von tierischem Eiweiß abhängig, und drei Milliarden Menschen sind von der Artenvielfalt in den Meeren und Küstengebieten abhängig. Die **Ökosysteme der Meere sind für die Erzeugung von Sauerstoff unerlässlich** und sind ein wichtiges Auffangbecken für anthropogenes CO<sub>2</sub>. Und dennoch sind die Ozeane unseres Planeten, die 2/3 der Erdoberfläche ausmachen, nicht gut in Schuss. Die Fischbestände des Planeten sind mehrheitlich überfischt; über die Flusssysteme fließen weiterhin hohe Mengen an Nährstoffen (Nitrat und Phosphor), erhebliche Mengen an **Plastikmüll** und zu viele chemische Substanzen in die Ozeane.

Sogar die Ostsee, deren Anrainerstaaten größtenteils EU-Mitglieder sind, enthält hohe Konzentrationen von Schwermetallen (sodass eine jährliche Fischdiät ein ernsthaftes Gesundheitsrisiko wird!) und ist eutroph, enthält also zu hohe Nitratwerte aus der Landwirtschaft, was die Sauerstoffversorgung und die normale Entwicklung von Fischbeständen bedroht. Weltweit ist die bloße Existenz der Korallenriffe, einer der

wichtigsten Kinderstuben für Fischbestände und ein Brennpunkt der Artenvielfalt, durch die **Erwärmung der Meere** infolge des Klimawandels bedroht. Die **Versauerung** der Meere ist ein weiteres, gut dokumentiertes Phänomen, das den Gesundheitszustand der Meere bedroht.

In den vergangenen fünfzig Jahren wurde ein besseres Verständnis für die Probleme der Ozeane entwickelt, und Rettungsmaßnahmen wurden sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene eingeleitet. Diese haben den Druck auf die Ozeane zwar teilweise verringert, aber die **wichtigsten negativen Tendenzen setzen sich** wegen der demografischen Entwicklung und der wirtschaftlichen Ausbeutung **unvermindert fort**.

## **Bewirtschaftung der Weltmeere**

Die Bewirtschaftung der Weltmeere ist genauso **fragmentiert und komplex** wie in dem nachstehenden Organigramm. Die Nationen beanspruchen exklusive Wirtschaftszonen von 200 Meilen vor ihren Küsten über ihre nationalen Seehoheitsgebiete (12 Meilen) hinaus. Die Meere bleiben mehrheitlich außerhalb der nationalen Gerichtsbarkeit und sind bislang nicht durch internationale Disziplinarmaßnahmen (außer bei der Fischbewirtschaftung) abgedeckt. Die Bewirtschaftung der Weltmeere beruht auf nationaler Gesetzgebung, einschließlich der EU-Vorschriften für EU-Gewässer, einer ganzen Reihe regionaler, sowohl sektoraler als auch umfassender Rahmenwerke, und außerdem gilt das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (SRÜ). Diese **fragmentierte Bewirtschaftung wird von der Wissenschaft immer kritischer beurteilt**, die ein Verständnis der Ozeane entwickelt hat, das einen integrierten Ökosystemansatz erfordert. Die Ökosysteme der Meere sind tendenziell sogar größer als terrestrische Ökosysteme und erstrecken sich regelmäßig auch über nationale Grenzen hinweg.

Ein ergänzendes Erfordernis für **integrierte Bewirtschaftungssysteme** beruht auf der Tatsache, dass wesentliche Bedrohungen für die Meere von **terrestrischen Aktivitäten** (Landwirtschaft, Industrien und Urbanisierung) ausgehen. Nur wenige regionale Abkommen spiegeln diese Notwendigkeit so gut wider wie das Übereinkommen von Barcelona. Die Meere leiden weiterhin durch die im Vergleich zum Land geringen Ambitionen in Bezug auf wesentliche Schutzkampagnen. Das Übereinkommen über die biologische Vielfalt (Biodiversitäts-Konvention) fordert einen Schutz für 18 % der staatlichen Territorien, gegenüber einem Ziel von nur 10 % für die Weltmeere. Und während Europa sein Landziel einhält oder übertrifft, hält es bei dem weniger ambitionierten Ziel für die Ozeane lediglich etwa 50 % ein.

## **Was muss getan werden?**

Die meisten Beurteilungen kommen zu dem Schluss, dass **ganzheitliche Ansätze erforderlich** sind, um von den Vorteilen blauen Wachstums in den kommenden Jahrzehnten zu profitieren. Die Unternehmen haben angefangen zu begreifen, dass für blaues Wachstum gesunde Ozeane erforderlich sind. Am offensichtlichsten ist das für die Tourismusbranche, die allein in der EU mehr als 2,2 Mio. Menschen beschäftigt, wohingegen etwa 400.000 Menschen in der Fischindustrie arbeiten. **Städtische Siedlungen in Küstenregionen** sind ebenfalls besonders stark auf gesunde Ozeane zur Beschränkung der Auswirkungen des Klimawandels angewiesen, namentlich im Hinblick auf steigende Meeresspiegel.



Notwendig ist, sämtliche menschlichen Aktivitäten kohärent zu regulieren, damit ihre kumulativen Auswirkungen nicht die Fähigkeiten der Meeres-Ökosysteme zur Leistung aller lebenswichtigen Aufgaben für künftige Generationen einschränken.

Der European Maritime Day im Mai 2016 hat weiterhin ernsthafte Probleme wegen der **mangelnden Umsetzung bestehender Disziplinarmaßnahmen** hervorgehoben. Die nationalen Überwachungsbehörden sind technisch hoffnungslos unterversorgt und unterbesetzt, und viele Disziplinarmaßnahmen für Aktivitäten auf See werden nicht durchgesetzt. Eine Fischmenge im Wert von schätzungsweise 10 Mrd. Euro ist illegal, ungemeldet und unreguliert (IUU).

Dies erfordert regulatorische Rahmen für die unterschiedlichen Schifffahrtssektoren/Sektoren der blauen Wirtschaft: Aktivitäten im Zusammenhang mit der Ressourcengewinnung (Fisch, Mineralien), Nutzung der Ozeane für den Transport (Schifffahrt, Pipelines, Kabel), Energieerzeugung (Wind, Wellen, Gezeiten) und breitere Dienstleistungen (Urlaub, Gesundheit).

Diese Rahmen werden durch eine wirksame Überwachungs- und Durchsetzungspolitik untermauert werden müssen, was erhebliche Aufstockungen der technischen und Humanressourcen erforderlich macht.

## Fischerei

Trotz weiterer wissenschaftlicher Nachweise einer Überfischung sind **erst wenige Fischbestände in den vergangenen Jahrzehnten wesentlich wiederhergestellt worden**. In der Europäischen Union sind Bemühungen zur Einführung von Konzepten zum höchstmöglichen Dauerertrag eines Fischbestandes (engl.: MSY) regelmäßig verschoben worden. Es werden weiterhin kontroverse wissenschaftliche Debatten über den effektiven Fang als guten Indikator für die Verfügbarkeit von Fisch geführt. Viel zu oft ist der erfolgreiche Fischfang auf verbesserte Technik zurückzuführen, womit die Fischbestände noch stärker geschädigt werden. Experimente mit **kontrollierten Schutzgebieten** haben eine schnelle Wiederherstellung der Bestände und erhöhte, nachhaltige Fangquoten in direkt benachbarten Fischgründen nachweisen können. Es scheint eine effektive Möglichkeit zur Wiederherstellung der Artenvielfalt und der Mengen an Fisch, die nachhaltig geerntet werden können, zu geben. **Dieses Konzept könnte durch die Schaffung von Schutzzonen in den Meeren nach Maßgabe der Biodiversitäts-Konvention (CBD) entwickelt werden**. Die Kontrolle besonders schädlicher Fischereipraktiken wie das Bodenschleppen würde auch den Lebensraum am Meeresboden schützen und die Wiederherstellung der Artenvielfalt in den Meeren ermöglichen. Die moderne Technologie würde eine wirksame Überwachung durch den Einsatz von **GPS**-Geräten an Bord von Schiffen und den Zugriff auf **Satellitenüberwachungsfotos** ermöglichen.

## Bessere integrierte Land/See-Bewirtschaftung

Dies wäre für die städtische Entwicklung, den Tourismus, den Transport, die Energieerzeugung etc. unverzichtbar. Die Schiffe benötigen landseitige Anlagen für eine sauberere Kraftstoff- und Abfallentsorgung. Die Schifffahrtsrouten müssen koordiniert und das Schiffdesign so entwickelt werden, dass die Auswirkungen von Havarien auf See verhindert und/oder reduziert werden. Gleiches ist auch für

Bohrinseln und Energieerzeugungsanlagen für Wind-, Gezeiten- und Wellenenergie erforderlich. Als allgemeiner Grundsatz wären ein **erhöhter Einsatz des Verursacherprinzips bei der Umweltverschmutzung und eine verbesserte Durchsetzung bei der Haftpflicht notwendig**. Diese Aktivitäten werden sich nur sicher entwickeln lassen und ihr volles Potenzial entfalten, wenn koordinierte und verlässliche Pläne vorgelegt werden, die eindeutige Bereiche für die entsprechenden Aktivitäten festlegen. Und die **Küstengebiete müssen miteinander partnerschaftlich verbunden** sein, weil diese Dienstleistungen nahtlos eingeleitet und in die wirtschaftlichen Bedürfnisse an Land integriert werden müssen.

## **Bessere Emissionskontrolle aus landbasierten Aktivitäten**

Die Ellen Mac Arthur Foundation schätzt, dass es im Jahr 2050 **mehr Plastikmüll als Fische** in unseren Ozeanen geben wird. Die Energieerzeugung aus fossilen Brennstoffen führt zur Erwärmung und Versauerung der Meere, mit dramatischen Folgen für die Artenvielfalt der Ozeane und ihre Fähigkeiten, zur Ernährung des Planeten beizutragen. Die Zerstörung der Mangrovenwälder führt zu einer dramatischen Beeinträchtigung der Sicherheit von Küstenregionen als Schutz vor Springfluten und Tsunamis. Die fortgesetzte Einleitung von Nitraten und Phosphaten verringert die Sauerstoffkonzentration unseren Meere und verschlimmert das Algenwachstum (Eutrophierung) und stört damit die gesunde Entwicklung der Fischbestände.

Eine **integrierte, nachhaltige Bewirtschaftung unserer Meere** mit dem Ziel, den Nutzen daraus für künftige Generationen zu sichern, erfordert einen integrierten, ganzheitlichen Ansatz, der **sämtliche Aspekte maritimer Aktivitäten sowohl auf See als auch an Land berücksichtigt**. Sie erfordert eine Erweiterung des bestehenden internationalen Rahmens auf Gebiete, die außerhalb nationaler Gerichtsbarkeiten liegen, bevor Aktivitäten im Hochseebereich ihre potenziell schädlichen Niveaus erreicht haben.

Und sie erfordert eine beträchtliche Verstärkung bei der Umsetzung dieses Rahmens auf globaler, nationaler und regionaler Ebene.

[Die Gestaltung von 3D-Farmen erfolgt zur Bekämpfung von drei wesentlichen Herausforderungen: Erstens, um in dieser Ära der Überfischung und Ernährungsunsicherheit ein köstliches neues Fischgericht auf den Tisch zu bringen; zweitens, um Fischer in restaurative Ozeanbauern zu verwandeln; und drittens, um das Fundament für eine neue blau-grüne Wirtschaft zu legen, die nicht die Ungerechtigkeiten der alten Industriewirtschaft neu erschafft.]

## **Und du, City-Zen?**

**„Wir sind nicht dazu gedacht, von Beton, Asphalt, Glas und Metall umgeben und des physischen Kontakts mit der Natur beraubt zu sein“ – Laudatio Si, Papst Franziskus**

Historisch waren die Städte seit jeher wichtige Zentren für sozioökonomische Entwicklung, Innovation, kulturelle Entwicklung und Lebensqualität. Heute leben 75 % der europäischen Bevölkerung in einem urbanen Umfeld. Weltweit leben 54 % der

Weltbevölkerung in Städten. Weltweit wachsen die Städte beträchtlich schneller und werden größer als in Europa. Asiatische, afrikanische oder lateinamerikanische Megastädte lassen die größten europäischen Ballungsgebiete dagegen zwergenhaft aussehen.

Die Städte stellen die **Brennpunkte für menschliche Aktivitäten** dar; sie sind sozusagen die schlagenden Herzen unserer Welt. Dort leben, pendeln, arbeiten die meisten Menschen und/oder verbringen ihre Freizeitaktivitäten. Daher sind **städtische Gebiete die Quelle wirtschaftlicher und sozialer Chancen** (d.h. Arbeitsplätze, Kommunikation, Innovation, Konsum, Kultur); das erklärt auch ihre bleibende Anziehungskraft, sogar für Millionen armer Menschen (Favelas, armselige Hützensiedlungen).

Die Städte sind **gleichzeitig die Brennpunkte für soziale und ökologische Herausforderungen**: Sicherheit, urbane Mobilität, Luftqualität, wachsende Stadtrandgebiete, Lärm, Energie- und Wasserverbrauch sowie Müllproduktion. Das erklärt, warum die Städte nach einer nachhaltigeren Stadtentwicklung streben und oftmals Pioniere für neue Nachhaltigkeitskonzepte geworden sind. Sie sind **Innovationsdrehscheiben** und Pioniere für die meisten Herausforderungen in puncto Nachhaltigkeit.

Ein konkretes Beispiel für innovative nachhaltige Technologien, dem der Nachhaltigkeitspreis 2016 vom deutschen Wirtschaftsministerium verliehen wurde, ist das C3-Projekt: Karbon-Beton-Verbundwerkstoff (*Carbon Concrete Composite*).

Durch die Nutzung von Karbon- statt Stahlgittern lässt sich eine Einsparung an Zement von bis zu 70 % realisieren. Da die Zementproduktion 2,408 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>, in die Atmosphäre abgibt, also dreimal mehr als die weltweite Luftfahrt, ist dies ein signifikanter Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels und die Antwort auf die Notwendigkeit der Baubranche, die Nutzung von Ressourcen und Energie einzuschränken: Damit ist sie besonders interessant für den Bau und die Instandhaltung städtischer und Infrastrukturbauwerke.

Lösungen werden geprüft, weitergegeben und durch städtische Netzwerke optimiert. Das **Lernen von Mitbewerbern und die Weitergabe von Informationen** zu den „Best Practices“ sind extrem wichtig und können auf EU-Ebene Unterstützung erhalten. Intern entwickelt DG REGIO durch URBACTIII besondere Netzwerke zur Konsolidierung von Städten für derartige Übungen, wie dies auch bei DG ENV durch sein europäisches Green Capital Network der Fall ist. Eurocities, der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE), C40 und die neue weltweite Initiative von Bürgermeister\*innen, um nur einige zu nennen, sind **Beispiele für eigene Initiativen** der Städte. In der EU haben wir auch einige Preisverleihungen als Anerkennung eines oder mehrerer Aspekte einer Großstadt (*The European Capital of Innovation, RegioStar, European Mobility Week, Sustainable Urban Mobility Planning (SUMP), European Green Capital und Green Leaf*). Mit diesen Auszeichnungen werden die teilnehmenden Städte auf der Grundlage unterschiedlicher Indikatoren und Benchmark-Systeme beurteilt.

In Anbetracht dessen, dass es **keine alles umfassende Antwort auf die Herausforderungen** für die breite Vielfalt an Städten in Europa gibt, ist es dennoch sinnvoll, **eine kohärenten, allgemeinere Gruppe von Grundindikatoren anzubieten, die von allen Städten verwendet werden könnte**. Das ist das Ziel der

„**Sustainable Cities Benchmark**“, die nach dem 7. Umweltaktionsprogramm (7. UAP) entwickelt wurde und eine „Reihe von Kriterien zur Ermittlung der ökologischen Leistung von Städten beschreibt, unter Berücksichtigung wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Auswirkungen“. Das sollte es den Städten, die es wünschen, erlauben, ihre eigene Leistung besser zu messen. Städte – von Kleinstädten bis zu den größten Großstädten der EU – haben ihr Interesse für dieses Instrument bekundet, um die Stadtplanung zu unterstützen und den Zugang zu einer Reihe von Prioritätsmaßnahmen zu gewähren, die auf ihren individuellen Bedarfsanalysen beruhen.

Ein gewählter Bürgermeister hat ganz konkret darauf zu achten, wirtschaftliche Chancen zu schaffen, muss dabei aber gleichzeitig die negativen Aspekte des Wachstums (Beschäftigung, Wohnungskosten, Mobilität, Luftverschmutzung, Energieverbrauch, Abfall und Abwasserproduktion, Kriminalität) begrenzen. **Bei einer starken Führung und breiter Beteiligung aller Interessenträger wird der Wandel bereitwilliger akzeptiert.** Beispielsweise hat die Stadt Ljubljana (*European Green Capital 2016*) ihr Stadtzentrum den Bürgern zurückgegeben, indem sie es ausschließlich Fußgängern mit kostenlosen Leistungen und Möglichkeiten für behinderte und/oder alte Menschen vorbehalten hat. Trotz anfänglichen Widerstands wird dies heute auf breiter Basis akzeptiert, weil dieser Ansatz nachweislich wirtschaftliche, soziale und ökologische Vorteile geschaffen und die Stadt insgesamt lebhafter und lebenswerter gemacht hat.

Wie können wir dieses Bestreben unterstützen und eine gute Lebensqualität bieten, die attraktiv auf die Menschen wirkt? Wie soll man die Wahrnehmung steigern, das Interesse der Bürger in die lokale Politik wecken und aufrechterhalten und dafür sorgen, dass sie an vorderster Front der europäischen Politik stehen?

Die Vereinten Nationen haben den **Nachhaltigen Städten und Gemeinden** ein SDG gewidmet (SDG 11). Tatsächlich sind Städte geografische Standorte, an denen sämtliche Manifestierungen von Druck sichtbar werden. Für Städte und auch für Nationen bleibt es wichtig, nicht individuelle SDG einzeln zu betrachten, sondern eine **ganzheitliche Sicht und eine umfassende Strategie zu entwickeln**, die sämtliche Aspekte der nachhaltigen Entwicklung auf der Grundlage einer **längerfristigen Strategie** abdeckt. Die im Juni 2016 in Amsterdam angenommene EU Urban Agenda spiegelt diese Logik wider, respektiert die Subsidiarität und macht die Urban Agenda zu einer der Prioritäten der Strategie 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. Sie beinhaltet 12 Prioritätsthemen und bietet den Städten die Möglichkeit, einen erleichterten Zugang zu Finanzierungsmitteln für städtebauliche Projekte zu erlangen.

Die **Kohäsionspolitik 2014-2020** wird stark in städtische Gebieten investieren; **dabei werden 15 Mrd. EUR direkt von den städtischen Behörden für die nachhaltige Stadtentwicklung verwaltet.** Abgesehen von der Rolle von Städten zur Prüfung innovativer Ideen wird diese Konzentration auf die städtebauliche Entwicklung auch eine Schlüsselrolle beim Angebot einer breiteren Beteiligung für eine größere Gemeinschaft von Interessenträgern und europäischen Bürgern zur Entwicklung von nachhaltigen politischen Lösungen an der Basis spielen.

Weiterentwicklung des Instruments „Sustainable Cities Benchmark“ und Kombination mit der EU Urban Agenda und möglicher finanzieller Unterstützung von der EU (Kohäsionspolitik, Horizont 2020); das Angebot eines einzigen

Zugangspunkts für die Städte würde die Suche nach den erforderlichen Informationen erleichtern und den Städten eine komplette Übersicht über die attraktiven Instrumente und Finanzmittel erlauben.

Zusammenlegung der bestehenden Preisverleihungen in einen großen europäischen Nachhaltigkeitspreis mit Anerkennung unterschiedlicher Kategorien (Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen, Bürgerinitiativen, Führung) – dies würde eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen den Kommissionsdiensten schaffen, weil Hand in Hand an einem Projekt gearbeitet würde.

Karl Falkenberg ist Chefberater für nachhaltige Entwicklung für den Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker. Nach seiner Ernennung im September 2015 zur Beschäftigung mit den Implikationen der Agenda 2030 innerhalb der Kommission und damit, wie die nachhaltige Entwicklung in die EU-Politik zu integrieren ist, erstreckt sich sein Mandat auch auf die Bewertung von Möglichkeiten zur Integration der Entwicklung der blauen Wachstumsstrategie, auf die Entwicklung übergreifender politischer Denkweisen zur nachhaltigen Entwicklung und darauf, frischen Wind zu bringen in die Art und Weise, wie die Kommission nachhaltige entwicklungspolitische Lösungen entwickelt und umsetzt.